

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 Spalten. Colonesseite für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des  
Christlichen Metallarbeiter-Verbandes  
Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

## Gewerkschaftliche Jahresbilanz!

Wenn die frostig kalten Januartage kommen, dann kommt auch für den Gewerkschaftler die Zeit zum Ziehen der Bilanz über seine gewerkschaftliche Arbeit im vergangenen Jahr. Keine andere Zeit, im ganzen Jahre ist hierzu so geeignet, wie die langen, kalten Januarabende, an denen man am liebsten hinter dem warmen Ofen, ausgeküstet mit der langen Pfeife so vor sich hindämmert. Dann kann man sich so recht in sich selbst versenken, das vergangene Jahr Revue passieren lassen und sich klar werden darüber, ob man im letzten Jahr als Gewerkschaftler eine günstige Bilanz aufzuweisen hat, ob man seine Pflicht erfüllt gegenüber seiner Organisation. Jeder Kollege, der Anspruch darauf macht, ein vollwertiger Gewerkschaftler zu sein, wird sicherlich am Jahresluß darüber nachsinnen, was er gewerkschaftlich geleistet und was er noch mehr hätte tun können. Und notwendig ist diese rückwärtsblickende und doch vorwärtschauende Betrachtung. Denn im Monat Januar müssen alle örtlichen Verwaltungsstellen des christlichen Metallarbeiterverbandes laut Paragraph 25 Abs. 1, eine Jahresgeneralversammlung abhalten und Rechenschaft geben von ihrem Tun und Lassen im vergangenen Jahr.

Die Generalversammlungen werden aber nur dann Merkwürdige in der Geschichte der Ortsgruppe sein, wenn auf ihnen nicht nur referierend erzählt wird, was vollstreckt, sondern wenn gewissenhaft und doch kritisch untersucht wird, ob im abgelaufenen Jahr alles geschah, um unsere Sache am Orte voranzubringen. Zeigt der Jahresbericht ein erfreuliches Bild — ist die Bilanz gut — dann ist das gewiß ein Grund zur Freude und Befriedigung. Ist das Ergebnis nicht günstig, dann muß die Generalversammlung als gewissenhafter Arzt nach den Gründen der unerfreulichen Erscheinung forschen, den Sitz der Krankheit feststellen und die Sonde an die Wunde legen. Sie tut es ebensowenig wie der Arzt aus Freude an der Quackerei, sondern um zu heilen, zu helfen und neue Kraft zu geben zu weiterem Vorwärtsschreiten. Die Organisation wird immer das sein, was die Mitglieder aus ihr machen.

Jedes Verbandsmitglied sollte darum nicht nur an der

### Jahresgeneralversammlung

teilnehmen, sondern vorher sich selber Rechenschaft geben — die Bilanz ziehen — um an dem wichtigen Tage mitzureden zu können, damit die Rechenschaftslegung befriedigend wirkt auf die weitere Fortentwicklung unserer Sache. Insbesondere sollte sich jeder Kollege folgende Fragen vorlegen und gewissenhaft beantworten:

- Wie steht es bei mir mit dem Versammlungsbesuch? Sind die Beiträge immer pünktlich bezahlt worden? Habe ich in der Werkstatt nach besten Kräften für die Ausbreitung meines Verbandes gewirkt?
- Bin ich gern und freudig dem Rufe zur Hausagitation gefolgt?
- War ich beim Flugblattverteilen mit dabei? Stellte ich bei Kämpfen mit Segnern meinen Mann? Wieviel neue Mitglieder habe ich im letzten Jahre dem Verbandszugeführt?

Wirkte ich zu meinem Teil an der Eindämmung der Fluktuation mit, habe ich insbesondere laue und schwankende Kollegen aufgesucht, sie gefestigt und dem Verband als Mitglied erhalten?

Also eine ganze Reihe Fragen hat der Gewerkschaftler in seiner Jahresbilanz zu berücksichtigen. Wohl dem — und hoffentlich sind es recht viele Kollegen — die bei keiner einzigen der vorstehend aufgeführten Fragen eine Null als Antwort einzusehen brauchen. Wer die Fragen mit einem positiven Ergebnis beantwortet kann, der bedarf keines weiteren Lobes; er trägt das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung im Herzen und das ist mehr wert als Orden und Ehrenzeichen. Wer an der Befreiung seiner Klasse arbeitete, mit ganzem Herzen dabei war; dem bleibt im Kreise seiner Kollegen ein Angebenken, das Erz und Stein überdauert.

Diese Kollegen aber sind es, die mit ihren positiven Erfolgen das Rückgrad der Generalversammlungen bilden. Das wird sich gerade in diesem Jahre zeigen wie nie zuvor. Den diesjährigen Generalversammlungen wohnt eine ganz besondere Wichtigkeit inne. Sie heben sich gegen die früheren insoweit heraus, weil nicht nur der Jahres- und Kasienbericht zu erhalten und der Vorstand neu zu wählen ist, sondern weil auch eingehend die Frage zu beantworten ist:

„Was geschah in unserer Verwaltungskasse zur Durchführung der Beschlüsse des Dortmunder Verbandstages?“

Im Jahresbericht ist besonders einzugehen auf die Beschlüsse 1, 2, 3, 4, 7 und 8. Im Kasienbericht soll miterörtert werden, was zur Durchführung der Beschlüsse 6 und 7 im letzten Jahre geschehen ist. Wiederholt wurde von uns auf die Beschlüsse hingewiesen; im Protokoll vom letzten Verbandstag sind sie auf Seite 118, 119 und 120 nachzulesen.

Die Ausbreitung und weitere Stärkung des Verbandes haben bekanntlich die Beschlüsse 1, 2, 3 und 8 im Auge. Lebendiger gewerkschaftlicher Geist kann nur durch Schulung und Aussprache erzielt werden. Dafür haben wir unsere Versammlungen. In durchaus richtiger Würdigung dieses Umstandes heißt es im Verbandsratsbeschlusse I sinngemäß, daß die Vorstände der Verwaltungsstellen darauf achten sollen, daß die Mitglieder regelmäßig die Versammlungen besuchen. Streng sollen die Vorstände darauf achten,

„daß den Mitgliedern, die es mit der Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Pflicht nicht ernst nehmen, gegebenenfalls — bei Streiks oder sonstigen Anlässen — keinerlei Ertragsvergütungen, weder von der Zentrale, noch von den Ortsgruppen gewährt werden.“

Wie steht es um die Durchführung dieses Beschlusses in eurer Verwaltungsstelle? Ist bei euch der Versammlungsbesuch kontrolliert worden, wie es der Beschlusse VII den Verwaltungsstellen zur Pflicht macht? Zur Erzielung eines guten Versammlungsbesuches ist natürlich eine gute Vorbereitung und gute Vorträge notwendig. Hat eure Ortsgruppe in dieser Beziehung alles getan, was getan werden konnte, dann ist sicherlich auch

### die Agitation

nicht vernachlässigt worden.

Der beste Gradmesser, ob in einer Verwaltung der Agitation die gefühlte Aufmerksamkeit geschenkt wurde, ist immer die Zahl der Neuaufnahmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß deren Höhe im richtigen Verhältnis zur Mitgliederzahl und zur Zahl der in der Verwaltungsstelle vorhandenen Unorganisierten steht. Die in der Agitation tätigen Ortsgruppen müßen ganz besonders beherrigen und im Jahresbericht berücksichtigen, daß es im II. Beschlusse des Dortmunder Verbandstages heißt:

„Der (Zentral) Vorstand wird ermächtigt, den Ortsgruppen und Mitgliedschaften, welche sich in der Agitation tätigen zeigen, bei vorkommenden Fällen, die Hilfe des Verbandes so lange zu versagen, bis sie ihren Verpflichtungen gegen die Gesamtheit mit dem nötigen Ernst nachkommen.“

Hoffentlich gehört eure Ortsgruppe nicht zu den säumigen.

„Ein wirksames Mittel, dem Verbands neue Anhänger zuzuführen und gewonnene zu erhalten, ist die Hausagitation.“ heißt es im dritten Beschlusse der Dortmunder Generalversammlung. „Die Ortsgruppen sind gehalten,“ heißt es weiter in dem Beschlusse, „mindestens am Jahresluß der Zentrale über Umfang, Beteiligung und Erfolg der Hausagitation Bericht zu erstatten. Der Verbandsgeneralversammlung sind die Resultate zur Kenntnis zu bringen. Im Verbandsorgan sind die Ergebnisse ebenfalls zu veröffentlichen.“

Im Jahresbericht der örtlichen Verwaltungsstellen sollte die Durchführung dieses Beschlusses in eingehender Weise gewürdigt und Mann und Pferd genannt werden.

Der Jugendfrage ist im örtlichen Jahresbericht ein besonderes Wort zu widmen. Im Beschlusse VIII erwartet der Dortmunder Verbandstag: daß

„diejenigen Ortsgruppen, die es bisher (in der Gewinnung Jugendlicher) an dem nötigen Eifer haben fehlen lassen, recht bald das Verfallene nachholen.“

Aber nicht nur das. Die Generalversammlung hat zu prüfen, ob den jugendlichen Kollegen, auch etwas geboten worden ist, was ihrem Verständnis angepaßt war und was weiter auf diesem Gebiete geschehen kann.

Mit diesen angeführten Momenten ist allerdings die Frage, ob alles getan wurde, unseren Verband am Orte weiter auszubringen, noch längst nicht erschöpft. Wie stand es im Jahre 1913 um die öffentliche Agitation? Was ist in der Presse und durch Flugblätter geistert worden? Wie steht es um die Einrichtung von Branchensektionen? Wurden Betriebs- und Werkstattversammlungen abgehalten? Also der Mittel zur Ausbreitung des Verbandes sind gar viele, und der Erfolg bleibt nicht aus, wenn alle eifrig angewendet werden.

Manche Ortsgruppe wird trotz einer erheblichen Zahl Neuaufnahmen doch keinen nennenswerten Mitgliederzuwachs aufweisen können. Sehr oft tröstet man sich mit der angeblich nicht aufzuhaltenden Fluktuation. Wie irrig doch diese Meinung ist.

### Die Fluktuation

kann sehr wohl, und sehr wesentlich eingeschränkt werden, wenn nur die richtigen Mittel zur Anwendung gelangen. Der Dortmunder Verbandstag sagte hierzu (Beschlusse IV):

„Das geeignete Mittel (zur Eindämmung der Fluktuation) ist, überall auf eine pünktliche wöchentliche Beitragszahlung zu drängen. Durch ein gut funktionierendes Einlassierungs- und Vertrauensmännersystem wird dieses Ziel erreicht und damit der Fluktuation am sichersten Abbruch getan werden.“

Nichtete euer örtlicher Vorstand auch auf diesen Beschlusse seine volle Aufmerksamkeit, mit welchem Erfolg? Oder aber warum wurde er nicht durchgeführt? Alles Fragen, die dringend der Antwort erheischen, weil sie rückwärts blickend, vorwärts schauen, gemachte Fehler erkennen lassen und das Gelohnis zeitigen müßen, es fortan besser, eifriger und gewissenhafter mit der Eindämmung der Fluktuation nehmen zu wollen. Der Erfolg wird die Arbeit lohnen.

Gewiß gehört die Eindämmung der Fluktuation mit zu den schwierigsten Kapiteln der gewerkschaftlichen Arbeit. Aber Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Wozu hätte man denn die Alten, die Sturmerproben, die Kampfgeübten, die immer dabei waren, wenn es galt, die Sache des christlichen Metallarbeiterverbandes zu verteidigen und voranzubringen. Wo sie sich zurückgezogen haben sollten, um auf dem Vorbeere auszuruhen oder um den Jungen Platz zu machen, da muß der Vorstand und die Generalversammlung alles daransetzen, sie wieder hineinzubringen in den Kreis der gewerkschaftlichen Tätigen. In den schwierigsten Situationen schickte Napoleon I., der Unterdrücker Deutschlands und doch der genialste Feldherr immer seine „alte“ Garde vor, er wußte, sie nahmen jedes Hindernis. Wären sie an der Befreiung nicht so außerordentlich dezimiert worden, die Befreiung Deutschlands hätte sich wesentlich schwieriger gestaltet. Unsere „Alten“, Kampfproben und Sturmerproben, sollten darum beim Auffuchen und Festhalten der Launen und Schwankenden in der vordersten Reihe stehen; ihr Beispiel wirkt hinreichend und viele, viele, die sonst verloren gingen, können durch sie dem Verband erhalten werden. Und die jüngeren Jahrgänge werden angefeuert durch dieses Beispiel, begeistert den Alten nachzusehen. Darum, Alte und Junge, auf zur Tat! Auf zur Eindämmung der Fluktuation!

### Im Kasienbericht

der zu erstatten ist, sind ganz besonders die Beschlüsse VI und VII des Dortmunder Verbandstages zu berücksichtigen. Wie steht es in eurer Verwaltung um die Durchführung des Beschlusses V, der in seinem wesentlichen Teil sagt:

„Der Wochenbeitrag ist mindestens eine Woche im voraus zu entrichten. Die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner müßen in Zukunft eine bessere Beitragsleistung ihrer Gruppe dadurch zu erreichen suchen, daß in der Beitragskassierung Ordnung und Pünktlichkeit herrscht und alle Verbandsangelegenheiten aufs genaueste besorgt werden.“

Wird dieser Beschlusse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchführung gebracht, dann bedeutet das eine Hebung des Markendurchschnitts und Einschränkung der leidigen Fluktuation. Viele, sehr viele Mitglieder kehren dem Verbands den Rücken, weil sie nicht regelmäßig bedient wurden, teils lag die Schuld am Mitgliede selbst, teils am Vertrauensmann, teils auch an der Verwaltung. Einzelheiten wollen wir zur Stütze unserer Ansicht heute nicht hervorheben, sondern nur die Tatsache feststellen. Andererseits bedeutet eine pünktliche, regelmäßige Beitragsleistung die Grundlage für die Durchführung des Beschlusses VI des Dortmunder Verbandstages, der im wesentlichen besagt:

Die Generalversammlung beurteilt ganz entschieden das egoistische Gebahren solcher Arbeiter, die die Wohlthaten des Verbandes in Anspruch nehmen, ohne Gegenleistung zu üben. Die Generalversammlung richtet daher an alle Mitglieder, insbesondere an die Verbandsfunktionäre, das Ersuchen, dahin zu wirken, daß die Wohlthaten des Verbandes nicht an Unwürdige verschwendet werden, es sind Arbeitergewissen, die zur Auszahlung gelangen. Die Generalversammlung erwartet von allen Funktionären und Mitgliedern, diejenige Kontrolle auszuüben, welche durch das Statut vorgeschrieben ist. Unterstützungsansprüche bei Beitragsrückständen sind abzulehnen, wie das Statut vorschreibt.

Die Mitglieder werden durch diese Maßnahmen zur pünktlicheren Beitragszahlung erzoogen. Auf diese Bestimmungen ist in Mitgliederbererensammlungen von Zeit zu Zeit hinzuweisen."

Wie aus dem Vorstehenden ersichtlich ist, haben wir eingangs nicht zuviel gesagt, wenn wir hervorhoben, daß die diesjährigen örtlichen Generalversammlungen eine ganz besondere Bedeutung haben. Alle Vorstände, Vertrauensleute und tätigen Mitglieder sollten sich bemühen, daß in der Jahresbilanz ihrer Verwaltungsstelle die Frage nach der Durchführung der Beschlüsse des Vormunderverbandsstages eingehende Beantwortung findet. Geht dieses, dann wirkt die Generalversammlung befruchtend auf die Organisationsarbeit an Orte, sie wird sein ein leuchtender Meilenstein in der Geschichte der Verwaltungsstelle. In diesem Sinne sollte jede Verwaltungsstelle und jedes Verbandemitglied die Jahresbilanz aufstellen. Dann ist das Notwendigste zum Fortschritt getan. Selbsterkenntnis ist nicht nur der erste Weg zur Besserung, sondern auch zum Erfolg. Die äußeren Umstände liegen für die christlichen Gewerkschaften nach dem Berliner Kongress, dem Kölner Prozeß und den Krankenkassenwahlen sehr günstig, hinzukommen soll und muß jetzt an jedem Ort der feste Wille zu

erneuter zielbewusster Werbearbeit!

Volkswirtschaftliche Rundschau

Das letzte Mal konnten wir mit Befriedigung berichten, daß die Reichsbank ihren Diskontsatz von 6 auf 5 1/2 Prozent ermäßigt habe und auch dieses Mal sind wir in der angenehmen Lage, einen weiteren Diskontrückgang melden zu können. Der Zentralausschuß der Reichsbank hat den Diskont am 12. Dezember auf 5 Prozent herabgesetzt. Damit ist gesagt, daß der Geldmarkt wieder flüssiger geworden, und daß vor allem Geld wieder zu einem nicht übermäßig hohen Zinsfuß zu bekommen ist. Die letzten Wirtschaftskrisen, wenn man die Konjunkturrückgänge noch so bezeichnen will, wurden weniger durch eine Ueberfüllung des Marktes mit Industrieprodukten verursacht als vielmehr durch den Mangel an Geld. Unsere Volkswirtschaft ist heute so eng mit dem Kredit verbunden, so mit diesem ver wachsen, daß bei der Unmöglichkeit, ihn zu erhalten, ihr selbst der schwerste Stoß ver setzt wird — ihr selbst, aber auch dem einzelnen Privatunter nehmen. Einen Vorteil von einem derartigen Zustand haben nur die Banken, die das verhältnismäßig wenige Geld zu hohem Zinsfuß ausleihen. Eine Besserung des Kapitalmarktes die Möglichkeit, billigen Kredit zu erhalten, ist die erste Voraussetzung für die Besserung der Konjunktur überhaupt. Die schwere Industrie und die Montanindustrie sind diejenigen, die am schwersten unter ungünstigen Geldverhältnissen zu leiden haben. Ihre Kiesenbetriebe sind noch mehr als die kleinen und mittleren auf den Kredit angewiesen und deshalb ist ihr Blühen zunächst von einer günstigen Verfassung des Geldmarktes abhängig.

Es läßt sich heute wohl nicht mehr leugnen, daß die Konjunktur zurückging — nach vieler Meinung aber ist der Tiefstand heute überwunden. Es ist ein durchaus natürlicher und gesunder Vorgang, daß auf die angespannten Zeiten der Hochkonjunktur mit ihren vielen Gründungen und Vergrößerungen mit ihrer stark gesteigerten Produktionsfähigkeit wieder ruhigere Zeiten kommen, Zeiten, in denen sich die neu geschaffenen wirtschaftlichen Verhältnisse einleben und festen Fuß fassen können. Wirtschaftlicher Rückgang war früher untrennbar verknüpft mit dem Begriff der wirtschaftlichen Krisis. Die Wellen, die das Wirtschaftsleben emporschwarzen, waren durchbrochen von tiefen Tälern — dem starken Aufschwung folgte ein jäher Sturz. Das ist heute anders geworden. Die marxistische Krisentheorie, die von immer heftigeren Erschütterungen des Wirtschaftslebens zu melden mußte, hat sich in ihrem ganzen Umfange als falsch erwiesen. Gerade die jetzige rückläufige Wirtschaftsbewegung vollzieht sich ruhig ohne eigentliche krisenhafte Erscheinun-

gen. Das verbesserte Bankwesen, das den Kredit organisiert, die Kartellierung der Industrie lassen eine wirkliche Geldkrise, eine für die Industrie lebensgefährliche Ueberproduktion und eine eben solche Preisbildung fast unmöglich erscheinen. Gerade die Kartelle in der Montan- und Schwerindustrie erfüllen in dieser Hinsicht eine große wirtschaftliche Funktion, denn Kohle und Eisen sind nun einmal die Rohstoffe für alle Industrien. Der Roheisenverband und zum Teil auch der Stahlwerksverband sind Rohstoffverbände. Eine Syndizierung der V-Produkte besteht nicht mehr. Die letzte Hochkonjunktur, die mit ihrer stark vermehrten Produktionsmöglichkeit als Uebergangszeit angesehen werden muß, war ihr nicht günstig. Doch scheint sich, wie schon das letzte Mal ausgeführt, ein Umbruch der Stimmung vollzogen zu haben — ein Röhrensyndikat dürfte bald Tatfache werden und ein Verband der Waggonfabriken ist bereits gebildet. Das erstere soll auf 10 Jahre geschlossen sein, den Preis regulieren und den gesamten Inlands- und Auslandsabfah, umfassen. Der Letztere wurde gebildet durch den Anschluß der süddeutschen Waggonfabriken, an den norddeutschen Verband. Nur die bayerischen Werke hielten sich fern; der neue Verband erstreckt sich nur auf Privat- nicht auf Staatsbahnaufträge. Da die bayerischen Fabriken nur Aufträge für den Staat ausführen, hat ihr Nichtbeitritt keine praktische Bedeutung. Die verstärkte Syndikatsbewegung ist für die Konjunkturentwicklung ein außerordentlich günstiges Zeichen, denn es ist schon oft gemacht Erfahrung, daß sie erst nach Ueberwindung des Tiefstandes der Konjunktur einsetzt — ganz natürlich; die Industrie will die sich wieder bietenden günstigeren Aus sichten in vollem Maße ausnützen.

Die Gestaltung des Arbeitsmarktes im November war keine günstige — war vielmehr so schlecht, wie lange nicht mehr. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise an das Reichsarbeitsblatt kommen auf 100 offene Stellen 219 Arbeitsge suchte männlicher Arbeiter gegen 178 im Oktober und 170 im November des Vorjahres. Gegen diesen, wie auch gegen den Vormonat, bedeutet der Stand vom November eine starke Verschlechterung. Nicht in diesem Umfange hat sich der weibliche Arbeitsmarkt verschlechtert. Auf 100 offene Stellen kamen im November 143 Arbeitsge suchte gegen 122 im Oktober und eben so viel im November 1912. Wenn auch die ungünstige Verfassung der Bautätigkeit das unbefriedigende Resultat stark beeinflusst hat, so hat doch auch die Entwicklung in unserer Industrie das ihrige dazu beigetragen. In der Metallverarbeitung und der Industrie der Maschinen uhm. kamen auf 100 offene Stellen im November 318 Arbeitsge suchte männlicher Arbeiter gegen 260 im Oktober und 221 im November 1912. Noch ungünstiger stellt sich der Markt für weibliche Arbeitskräfte; kamen doch auf 100 offene Stellen im November 286 Arbeitsge suchte gegen 213 im Oktober und 161 im November des Vorjahres. Aus den Zahlen erhellt zur Genüge, wie ungünstig sich der Arbeitsmarkt insbesondere im Vergleich zum Vorjahr entwickelt hat. Eine günstigere Deutung auf unsere Wirtschaftslage läßt die Kohleerwin nung zu; sie hat im November gegen den Oktober absolut, arbeits tagesmäßig dagegen nicht abgenommen — aber doch nur unbedeutend und den Stand vom entsprechenden Monat des Vorjahres über trifft sie noch um mehr als 1 Mill. Tonnen. Allerdings der Abfah an Kohlen ist ungünstiger geworden und gerade für unsere Industrie läßt es nicht besonders günstige Schlüsse zu, daß in Koks ein starker Rückgang eingetreten ist.

Deutschlands Roheisenerwin nung ist im November ebenfalls etwas zurückgegangen. Doch ist der Rückgang insbe sondere auch der arbeitsökonomische so unbedeutend daß ein Schluß auf die weitere Entwicklung u. G. noch nicht zulässig ist. Die Roheisenproduktion stellte sich im November auf 1 587 238 Tonnen gegen 1 680 205 im Oktober und 1 537 205 im November 1912. Angesichts dieser Zahlen kann man von einem un günstigen Stand natürlich nicht sprechen. Das Jahr 1912 hat in der Roheisenproduktion für Deutschland einen Rekord gebracht, 1913 wird ihn noch übertreffen. Die Produktion von 1913 übersteigt zum ersten Male die 18. Million. Nicht so günstig wie die Roheisenproduktion im November hat sich der Verband des Stahlwerksverbandes entwickelt. Er betrug insgesamt 462 000 Tonnen Rohstah gerichtet gegen 525 000 im Oktober und 490 000 Tonnen im November 1912. Das Gesamtergebnat wird vor allem sehr ungünstig beeinflusst durch den Verband an Formeisen, die Anluft in der Bautätigkeit,

die in den ungünstigen Geldverhältnissen nicht ihren letzten Grund hat, ließ ja den Verband schon von Monat zu Monat zurückgehen. — Im November erreichte er den Tiefstand mit 103 681 Tonnen. Seit Januar 1912 wurde dieser niedere Stand nie mehr erreicht. Im November betrug der Verband noch 127 879 Tonnen und im November 1912 144 060 Tonnen, die Verschlechterung besonders gegen das Vorjahr ist also recht bedeutend. Der Verband an Eisenbahnmateriale hat sich in diesem Jahre durchaus befriedigend entwickelt — die Ursache liegt vor allem in den großen Bestellungen der preußischen Staatsbahnen. Er betrug im November 211 321 Tonnen gegen 239 405 im Oktober und 200 437 im November des Vorjahres. Zum ersten Mal seit langem hat auch der Verband an Halbzeug einen Rückgang erfahren. Er betrug im November 147 194 T. gegen 157 607 im Oktober und 148 150 im November 1912.

Die Marktlage der V-Produkte ist seit unserem letzten Bericht eher günstiger denn schlechter geworden. Die Zurückhaltung der Verbraucher, die nun schon lange genug angehalten hat, mußte endlich einer stärkeren Nachfrage weichen. Auf dem Stabeisen- und Blechmarkt konnten sich leichte Preiserhöhungen durchsetzen. Kommt das oben besprochene Röhrensyndikat zustande, so ist kein Zweifel, daß eine Anziehen der Preise die nächste Folge sein wird. Gerade auf dem Röhrenmarkt kann man übrigens seit der Gruppierung um Mannesmann und Thyssen von einer ungünstigen Preisgestaltung nicht mehr sprechen.

Eine Frage, die auch in unserer Industrie einen immer größeren Raum einnimmt, ist die Versorgung mit billiger Kraft, billiger Elektrizität. So weit ja die großen gemischten Werke sich Hochöfen angelegt haben, wird ja die Lösung der Frage keine Schwierigkeiten haben. Diese Werke haben in den Hochöfen nie versiegende billige Kraftquellen. Nicht in dieser günstigen Lage sind aber alle weiterverarbeitenden Industrien. Es sind augenblicklich Bestrebungen im Gange, Süddeutschland mehr als das bisher gesehen ist, zu industrialisieren. Gemisse Anzeichen lassen darauf schließen, daß man das Gebiet bereits aufgeteilt hat. Die Beschaffung von Kraft kann nun ebenfalls durch Hochöfen, auch durch Kokereien geschehen, wenn gerade auch deren Anlage wegen der großen Entfernung vom Kohlenrevier manches gegen sich hat; sie kann aber auch durch die Anlage großer Kraftwerke geschehen, die ein ganzes Gebiet mit Elektrizität versehen können. Die Staaten haben es sich zum großen Teil zur Aufgabe gestellt, die großen Kraftquellen, die ihnen in den natürlichen Flußläufen zur Verfügung stehen, nicht in Privat Hände zu geben, sondern selbst auszunutzen. Die Privatindustrie steht diesem Beginnen im Ganzen nicht freundlich gegenüber, wenigstens so weit sie sich mit der Erzeugung von Elektrizität selbst befaßt sie sieht sich eines rentablen Tätigkeitsgebietes beraubt. Allerdings für die unternehmenden Staaten hat die Sache auch ihre unangenehme Seite. Die bayerische Regierung beabsichtigt eine Denkschrift herauszugeben, die den gegenwärtigen Stand des Ausbaues der Wasserkraft und die Elektrifizierung der Staatsbahnen behandeln soll. Der Verkehrsminister hat nun neulich Aus führungen gemacht, die erkennen lassen, in welcher Richtung sich die Denkschrift bewegen wird. Die elektrischen Bahnen haben enttäuscht, der Betrieb ist häufigen Störungen unterworfen, außerdem aber kommt er teurer als der Dampf bahnbetrieb. Das Saabach-Kraftwerk hat ebenfalls nicht gehalten, was man sich aus ihm versprochen hat. Der Grund des Mißerfolges liegt in dem ungenügenden Abfah von Elektrizität. Viele Millionen Kilowattstunden stehen noch zur Verfügung. Bei der Anlage derartiger Kraftwerke wird man mit diesem Uebelstand noch auf lange hinaus rechnen müssen. Einmal kann sich die bestehende Industrie nicht so rasch auf die neuen Bedingungen einrichten und eine neue wird so rasch nicht entstehen, daß sie die ganze Produktion aufnehmen kann. Von besonderem Interesse ist, daß mit dem gemischten Be trieb, der Vereinigung öffentlichen und privaten Kapitals, bei den großen Kraftwerken nichts anzufangen war. In Bayern habe sich schließlich niemand gefunden, der sich daran beteiligt hätte. Wir glauben, daß auch über die Grenzen Bayerns hinaus die gleiche Erscheinung eintreten wird, wenn den Privaten nicht unverhältnismäßig hohe Vorteile in Aussicht gestellt werden. Die Kreise und Städte haben übrigens in Baden in der gleichen Sache ebenfalls schon vollständig verjagt.

An der Schmiedepresse

Von Christoph Wieprecht.

Ist das die Schmiede noch aus frühen Zeiten, An der den Bleischal noch zog die Hand? Hier steht man Menschen mit Äonen streiten, Denn was ich schone, ist ein Wunderland. Hoch in der Luft her' ich den Laufenden jagen; Sie treibt der Blitz, gespannt ins Arbeitsloch, Und ringsherum ein Pochen, Knirschen, Brausen — O Menschengeißel, wie geht dein Flug so hoch! Wohin ich bläue, nirgends eine Gieße — Doch Ofen, Häutern gleich, seh' rings ich seh'n, Und majestätisch ruht die Schmiedepresse Auf mächtigen Pfeilern zu des Daches Höhe. Was Menschenhände nimmer konnten zwingen, Das räumten Geisteskräfte aus der Höhe, Und wahrlich — Großes kann und mach' gelingen, Wenn die Natur dem Menschen untertan. Ein Hebelwerk — auf geht die Öfenüre, Ihr leicht die Kraft gekeramt der Keptur — Und auf dem Herd aus mächtigen Strömungen Sch' ich den Gah in Weißgluthige ruh'n. Ein neuer Druck — und kreischend führt der Wagen, Auf dem der Stahlblock ruht, heraus zum Arm; So sehe Männer jetzt — was was sie wagen, Will Mut und Kraft — doch schnell ist es getan. Ein karger Wirt — und furend löst hernieder Der Moloch die das mächtige Gebirg; Hier ist kein Platz für Frohsinn, Scherz und Lieder, Hier waltet Arbeit — Arbeit hart und streng. Ein schneller Griff der kampfbereiten Hände — Es legt die Kette sich um den Koloß, Und hin zur Presse führt man ihn behende; Mit langen Haken schweigend steigt der Zwog. Der Sattel harrt — und schnell ist er gewonnen, Hoch steht der Kolben längst schon fußbereit; Es folgt ein Druck von mehr als tausend Tonnen Und rasch und fällt herab das Schlackenkleid.

Noch heftiger fühlen jetzt des Guffes Strahlen Die Männer, deren Anstich wundgebrannt, Doch trotz der Hitze wahrer Follterqualen Schöpft ohne Rast die schwachgeschürzte Hand.

So Druck auf Druck empfangt der plumpe Hüne In einem fort wie im Dreiwirteltakt; Es ächzt und pöht die mächtige Pampmaschine Und auf und nieder flüht der Katarakt. So geht es weiter — ewig, unverdroffen, Bis daß die Wehglut weicht dem dunklen Rot; Ja! heh'n die Männer, die aus Stahl gegossen — Ein harter Kampf aus liebe täglich Brot. —

Sch' ich — darüber sind die alten Zeiten — Es wächst der Mensch empur — ein hoch Geschlecht; Soll er da nicht sein bessres Sch' erprobten Und sein vom Himmel ihm geschenktes Recht? Er kann die Furcht — doch auch den Zwog bezwingen, Denn beide sind ein Heilmittel seiner Sehn — Und wahrlich — Großes kann und mach' gelingen, Wenn die Natur dem Menschen untertan.

Eine Umwälzung des Schmiedens

Schon lange ist es den Ingenieuren klar, daß eine beträch tliche Verbesserung sowohl an Zeit als auch insbesondere an Material durch die Arbeitsweise des Fallhammers vorzuzieh ist. Hier war man bisher nicht in der Lage, in technisch einwandfreier Weise auf das robuste Eisen- oder Stahllück auf andere Weise den nötigen Druck auszuüben, um diesen in der getriebenen Hohlform des Gesenks die Schmiedeform zu geben. Das bis heute übliche Gesenkschmieden beruht darauf, daß man die Form eines Werkzeuges, z. B. eines Schraubenschlüssels, einer Zange uhm. je häufiger in einen Stahlblock gravirt und diese beiden Hälften kann härtet. Dann werden die Röße (Gesenke) einzeln auf den Anschlag und andernteils an dem liegen. Fallbar des Fallhammers befestigt, worauf das glühende Eisen- oder Stahllück zwischen die Form hingeleget wird. Durch mehrere kräftige Schläge mit dem Fallhammer wird nun

das durch Glühen formbar gemachte Material in die Gravierung eingepreßt, während sich das etwa überschüssige Material seitlich als dünner Kuchen verdrängt. Die Folge ist eine außerordentlich rasche Abnutzung der Gesenke und eine langsame Arbeitsweise.

Durch ein neues Walzverfahren ist man nunmehr dahin gelangt, diese beiden Gesenke auf einer starken, breiten Walze zu befestigen und letztere mit kräftigem Antrieb anzutreiben. Die Versuche ergaben eine 10 bis 15 mal höhere Leistung der Stillezahl nach gegenüber dem Verfahren durch Hammer und Presse. Hierbei ist die Rückbewegung der Walze durch eine automatische Bremse oder einen Elektromagneten außerordentlich rasch in Tätigkeit zu setzen. Ein automatisch geregelter Wasserstrahl reinigt die Gesenkeform, die immer wieder von dem ent stehenden Hammer Schlag (Zunder) befreit werden muß. Bei schweren Stücken können auch zwei Gänge auf einer Walze zugleich gemacht werden, wobei je zwei zusammengehörige Halbformen miteinander arbeiten. Während das eine Stück vom hochgeschmiedeten Zustand vorzwehlt wird, um wenigstens die Hauptform zu erhalten, wird das eben ausgefallene vorbereitete Stück der Fertigungswalze übergeben. Für kleinere Stücke läßt sich durch eine fortlaufende Gravierung am ganzen Umfang der Walze eine bandartige Herstellung erzielen, wodurch natürlich an Arbeitszeit sehr beträchtlich gespart wird.

Obwohl erweist sich das Walzverfahren auch dadurch als vor zuziehlich, daß die hier erzeugten Stücke in der Längsachse ihre Form erhalten, während bei dem Fallhammer das Material strah lenförmig verdrängt wurde und so nicht die gleiche Festigkeit erzielt werden konnte wie bei dem neuen Verfahren. Besonders angenehm wird der ruhige Gang der Walze namentlich von der Nachbarschaft empfunden, da keine Bodenschütterungen aus stre ten, die sich bekanntermaßen über Hunderte von Metern aus zudehnen vermögen. Dazu kommt der wesentlich leichtere Bau der Fundamente und eine höhere Lohnerparanz bei gesteigerter Leistungsfähigkeit in der Einheitszeit. Die Betriebskraft wird erheblich verringert, ebenso die Anlagekosten. Die Dicke der gewalzten Werkstücke ist nunmehr genau einstellbar, was bei der bisher stets ungleichen Arbeitsweise des Fallhammers nicht erreicht werden konnte. Ohne Zweifel stehen wir vor einer sehr wesentlichen Verbesserung in der Herstellung geschmiedeter Teile, die eine weitere Verbilligung maschineller Kleinartikel aller Art nach sich ziehen wird.

# Ein wichtiger Prozess der christlichen Gewerkschaften

## Die „Metallarbeiterzeitung“ in der Schlinge

Wie wir schon in der vorigen Nummer berichteten, endete der Kölner Prozess mit einer glänzenden Rechtfertigung der christlichen Gewerkschaften. Den Gegnern unserer Bewegung — vor allem der Sozialdemokratie — brachte er eine zerschmetternde Niederlage, wie sie bislang und vernichtender nicht gedacht werden kann. Mit dem Brandmal der Verleumdung steht sie öffentlich am Pranger. Wehleidig muß die „Metallarbeiterzeitung“ (Nr. 1/1914) zugestehen, daß von all den tollen Behauptungen nichts bewiesen wurde. In ihrem sechs Spalten füllenden Prozeduralartikel — der, wie unten nachgewiesen, hanebüchene Verdrehungen enthält — kann sie nicht umhin, das Geständnis des Verteidigers der angeklagten sozialdemokratischen Redakteure zu bringen; sie schreibt:

„Rechtsanwalt (Reichstagsabgeordneter, Genosse Red.) Seine gestiegene, daß manche der in den beanstandeten Artikeln erhobenen Vorwürfe nicht erwiesen worden wären, so die Behauptung von einer christlichen Unterwerfungserklärung, ebenso die von der Millionenpende der Großindustriellen und die von dem Judaslohn der christlichen Gewerkschaftsführer.“

Von den unter Anklage stehenden sozialdemokratischen Verdächtigungen ist also nach dem Geständnis ihres eigenen Rechtsanwaltes nichts, rein gar nichts bewiesen worden. Das ist fatal für die Genossen, so sind sie noch nie an Gerichtsstelle gekloppt worden. Um nun aber doch für die Sozialdemokratie etwas zu retten, richtet das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes seine Berichterstattung nach der anrüchigen Kautskimoral ein, nach welcher bekanntlich dem Gegner gegenüber alle Schanddaten erlaubt sind. Frech und dreist verdreht die „Metallarbeiterzeitung“ die protokollierte eidliche Aussage des Herrn Bischofs Schulte von Haderborn ins Gegenteil. Um die Schandtat vor aller Welt anzunehmen, stellen wir nachfolgend den Verdrehungen der „Metallarbeiterzeitung“ die wirkliche Aussage des Herrn Bischofs gegenüber.

Gerichtlich protokollierte Aussage des Herrn Bischofs Schulte von Haderborn.

„Ich Stegerwald mich ausdrücklich gerichtet hat, ob denn nun gegenüber der bisherigen Praxis, insbesondere bei einmaligen Streiks, die Kirche ein Mitspracherecht für den Einzelfall beanspruchen darf, wenn ich nicht. Sicher lag aber die Verneinung einer solchen Frage in meinem Sinn.“

Auf Befragen erklärte der Bischof, was Stegerwald in Essen gesagt hat: „Die Auslegung, die die päpstliche Enzyklika in meinen Kreisen gelehrt hat, wonach den christlichen Gewerkschaften die für die Entwicklung und Befestigung unterbinden wäre und für sie eine „Gebietsbegrenzung“ und eine „fortgesetzte kirchliche Bevormundung über ihre gewerkschaftlichen Maßnahmen“ bestünde, widerspricht obiger bischöflicher Interpretation“, entspricht meiner Auffassung.“

Frecher kann die Wahrheit wohl nicht umgebogen werden, Bischof Schulte hat klipp und klar ausgesagt: „Das, was Stegerwald in Essen sagte, entspricht meiner Auffassung“. Und in Essen hatte Stegerwald ausgeführt, daß das, was die Gegner, insbesondere die Sozialdemokraten, über „Gebietsbegrenzung“ und „Bevormundung der gewerkschaftlichen Maßnahmen“ in die Enzyklika hineingelegt, der bischöflichen Interpretation widerspreche. Er „Metallarbeiterzeitung“ aber verdreht diese Zeugenaussage des Bischofs ins Gegenteil und läßt ihn das bestätigen, was die Sozialdemokratie früher fälschlicherweise in die Enzyklika hineingelegt hatte und dann durch die Interpretation widerprophetisch wurde. Und es liegt System in dieser Verdrehung; denn u. a. sozialdemokratischen Blättern brachte die sozialdemokratische „Erfener Arbeiterzeitung“ dieselben Verdrehungen: wie das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Sehr zutreffend bemerkt der „Erfener Volksfreund“ (Nr. 29/1913) dazu:

„Wir werden es nun schließlich noch erleben, daß die rote Presse, allen voran die Arb.-Zig., jetzt hergeht und mit der ins Gegenteil verkehrten Zeugenaussage „beweist“, daß der Bischof alles das bestätigt habe, was sie früher behauptet hatte. Diese Annahme wird noch dadurch verstärkt, daß das rote Blättchen den obigen Passus in Sonderdruck setzt. (Genau wie die Metallarbeiterzeitg., Red.) Man sollte es aber einfach nicht für möglich halten, daß eine derartige Prozeduralberichterstattung möglich sei.“

Die Verdrehung in der „Metallarbeiterzeitung“ kann nicht auf einen Lapsus oder Hörfehler des Berichterstatters zurückgeführt werden. Herr Bischof Schulte ist kommissarisch vernommen und seine Aussage ist protokolliert, sie liegt ein für alle Male fest, sodas nicht daran geübelt werden kann.

Das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ist also in der Schlinge, aus der es kein Zappeln befreit. Zu der kläglichen Niederlage am Gericht auch noch dieser Hereinfall, das ist hart, aber verdient und wir haben volls Rechtens für die Situation. Allen Verleumdern der christlichen Gewerkschaften muß es so ergehen, hoffentlich werden sie dann ihren gefährlichen Kampf einstellen.

Ein erträglicheres Verhältnis ist bei den Affären der Sozialdemokratie erst dann zu erwarten, wenn der letzte christlich-nationale Arbeiter den christlichen Gewerkschaften angehört. Nur vor der Macht haben die Genossen Respekt.

## Der Hiesige und die „Regulator“

muß natürlich auch seinen Senf dabeitun zum Kölner Prozess der christlichen Gewerkschaften. Das kann ihm niemand verwehren; die Art und Weise aber, wie er es tut, zeigt drastisch, was Geisteskind das Blatt ist. Der „Regulator“ (Nr. 1/1914) behauptet nämlich eisenfest, durch die Gerichtsverhandlung habe sich ergeben, daß die christlichen Gewerkschaften keine selbständigen Organisationen seien. Sollen wir uns wegen dieser absolut unmöglichen Behauptungen mit dem Blatt herumfalschen? Das fällt uns nach dem Prozess garnicht ein, denn in Köln ist klipp und klar das Gegenteil von dem bewiesen worden, was der „Regulator“ behauptet. Falls der „Regulator“ sein Domizil nicht auf dem Monde aufgeschlagen hat, wird ihm wohl endlich dämmern, was wirklich los ist, wenn er neben seiner Meinung die des „Berliner Arbeiter“ (Nr. 1/1914) gedruckt sieht.

Der „Regulator“ (1/14) ferdirt seiner Gemeinde folgende Unwahrheit:

„Die Frage für die Öffentlichkeit ist die: hat sich ihr Urteil über die Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften durch den Verlauf der Gerichtsverhandlung geändert?“

Das kann man wohl ruhig vernennen.

Die christlichen Gewerkschaften sind keine Organisationen, die selbständig, nur im Interesse der Arbeiter, entstehen können. Da spielen übermächtige andere Einflüsse mit. Diese Einflüsse kann man förmlich mit den Händen greifen, juristisch beweisen lassen sie sich nicht.“

Der Berliner „Arbeiter“ (Nr. 1/14), dessen geistige Verwandtschaft mit den Quertreiberblättern im katholischen Lager ziemlich offenkundig ist, (Legiere Blätter brachten bekanntlich zuerst — sehr verkaufsfähig — die im Prozess unter Anklage stehenden Verdächtigungen.) faßt seine Meinung über das Ergebnis des Prozesses folgendermaßen zusammen:

„Der Kölner Gewerkschaftsprozess hat nun — um sein Ergebnis gleich vorwegzunehmen — auf Grund eidlicher Aussagen unumstößlich dargetan, daß die christlich-interkonfessionellen Gewerkschaften und ihre Führer kein unehrliches Doppelspiel getrieben und nicht im Verdorgenen angebetet, was sie öffentlich verbrannt haben.“

Besser kann die Haltlosigkeit und Unwahrhaftigkeit der Regulator-Verhauptung wohl nicht dargetan werden. Die nachfolgenden Pressestimmen zeigen dieses ebenfalls mit vollendeter Deutlichkeit.

Wenn der „Regulator“ weiter in seinem Sermon meint, die christlichen Führer dächten mit geheimem Grauen an die Gerichtsverhandlungen zurück, und als moralische Sieger seien sie aus dem Prozess nicht hervorgegangen, dann fragt man sich doch, ist es Dummheit oder Bosheit, was dem Mann die Feder geführt. Jedenfalls von beiden etwas. Gegen Dummheit kämpfen selbst Götter vergebens und die Bosheit läßt man am besten in ihrer eigenen Niedertracht verenden.

Wir können jetzt den alten Frey verstehen, als er sich einstern mit Abscheu abwandte und sagte: und mit solchem Gefindel muß man sich herumfalschen.

Im übrigen mag sich der „Regulator“ gesagt sein lassen, daß die christlichen Gewerkschaften sich noch nie in einer so günstigen Position befunden haben, als gegenwärtig, nach dem Kölner Prozess und dem Berliner Kongress.

Diese günstige Situation auszunützen wird die erste Aufgabe unserer Kollegen sein. Mit allem Nachdruck heißt es jetzt: Auf die Schanzen!

## Was die Stunde verlangt!

Nach dem Kölner Prozess und dem 3. deutschen Arbeiterkongress ist die Situation geklärt. Die christlichen Gewerkschaften sind eine selbständige berufswirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter. All die schamlosen und hanebüchernen Verdächtigungen gegen unsere Bewegung wurden am Gericht in Köln elend zertrümmert. Nichts ist geblieben von all den wahnwitzigen Behauptungen. Nichts von geheimen Abmachungen und Versprechungen, nichts von Oskaufsein und Judaslohn. Die Sozialdemokratie hat eine Schlacht verloren, wie nie zuvor. Jetzt ist die Bahn frei.

Jetzt, Kollegen, nützet die Stunde. Die durch den Arbeiterkongress, den Kölner Prozess und die Krankenkassenwahlen geschaffene günstige Situation muß ausgenutzt werden. Darum auf zur Tat!

## Die Pflicht der Stunde

Es brachen die roten Stützen —  
Und jetzt nach dem schmählichen Fall,  
Da heißt es den Augenblick nützen,  
Zu werben heißt's liberal.  
Nun vorwärts, ihr Brüder, denn nie zurück  
Rehrt uns der günstige Augenblick;  
Sagt ruft euch die Pflicht der Stunde.

Jetzt gebt euer Höchstes und Bestes,  
Jetzt ist uns die Menge geneigt;  
Jetzt, wo ihr Ideal, ihr größtes,  
Als Irrtum und Trug sich gezeigt.  
Jetzt werbet und sammelt von Ort zu Ort,  
Jetzt reißt ihr die Herzen der Arbeiter fort.  
Vergeudet nicht eine Sekunde:  
Es ruft euch die Pflicht der Stunde.

Das sei die edelste Sache,  
Die nun für euch alle beginnt,  
Daß tausende unserer Sache  
Ihr liberal neu gewinnt.  
Drum vorwärts, ihr Brüder und aktiert,  
Die gestern noch Gegner, geduldet und verführt,  
Gewinnt sie als Freunde zum Bunde:  
Es ruft euch die Pflicht der Stunde.

Friedrich Walter.

## Pressestimmen zum Kölner Prozess

Die Meinung der „Kölnischen Volkszeitung“ und der national-liberalen „Rhein- und Ruhrzeitung“ gaben wir teilweise schon in der vorigen Nr. wieder. Heute seien noch einige Pressestimmen angefügt. Wenn wir

### Die Ansicht der „Kölnischen Zeitung“

etwas ausführlicher wiedergeben, so deswegen, weil dieses den christlichen Gewerkschaften sonst nicht sehr grüne und von den Genossen oft gegen uns ausgespielte liberale Blatt, der Sozialdemokratie sehr bittere Willen zu schaden gibt. Die „Kölnische Zeitung“ Nr. 1451/1913 schreibt u. a.:

„... Aber auch die Behauptungen von einer Fälschung der Gewerkschaften beim Papste zugunsten der christlichen Gewerkschaften, einer Fälschung, die sogar den künftigen Ausdruck einer Sache für den Besseren angenommen haben sollte, waren so unglücklich, schmeden so nach Kübergeköchelten, um mit Herrn Trimborn zu reden, daß die Niederlage der Sozialdemokraten auch in diesem Punkte nicht wundernahm. Die Vermeidlichkeit ihrer Beweismaterialien und damit der Zusammenbruch ihrer stärksten Behauptungen waren so augenscheinlich, daß der Angeklagte Barrer Witz, der Redakteur der „Wartburg“, die Luft verlor, mit Streichern dieser Art auf einer Bank zu sitzen, und inmitten der Verhandlungen seinen Artikel mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknahm.“

Aber nicht in dieser Weise für unbewiesene Behauptungen fränkender Art liegt die politische Bedeutung dieses Prozesses. Die liegt vielmehr darin, daß hier die Führer der christlichen Gewerkschaften schon einmal vor Gericht gezwungen wurden, ihre grundsätzliche Stellung zu dem Eingreifen des Papstes in die Gewerkschaftsbewegung in mündlichem Verhör und Angesichts ihrer Gegner klar zu formulieren, und daß sie hierbei den interkonfessionellen

neuen Gewerkschaftsgedanken in nichts Preisgeben haben. Unter Eid sagten sie einer nach dem anderen aus, daß sie den Vertretern der katholischen Kirche keinerlei Unterwerfung heimlich gelobt hätten, und diese Vertreter der Kirche, der Bischof Schulte von Haderborn und der Domkapitular Kreuzwald von Köln, bestätigten unter Eid diese Erklärung. Auf der anderen Seite mußten ihre Gegner ihre Behauptungen mit nichts anderem zu stützen, als der unvernünftigen Wahrscheinlichkeit, und sie verrieten durch den Mund des Rechtsanwaltes Seine des öfteren, daß nur eine irrtümliche Auffassung der katholischen Lehren sie zu dieser Konstruktion einer inneren Wahrscheinlichkeit veranlaßt hatte. Sie glaubten eine Abhängigkeit der christlichen Gewerkschaften vom Papste aus dem Aufsichtrecht herleiten zu können, daß Papst und Bischöfe feilschergerlich über jeden einzelnen Katholiken beanspruchten, während das Gemeinwohl doch hätte heißen müssen, ob Papst und Kirche über die christlichen Gewerkschaften als solche ein Aufsichtrecht gefordert und gewährt erhalten haben. Das wurde, wie gesagt, unter Eid bestritten und von der Gegenseite nicht bewiesen; selbst der intime Gegner der Kölner Richtung, Dr. Kaufmann, hatte nur subjektive Schlussfolgerungen aber keine sachlichen Unterlagen hierfür ins Feld zu führen.

Aber noch mehr: Die Häuptlinge der christlichen Gewerkschaften zeigten vor Gericht auch durch die Tat, daß sie zwischen dem Katholiken in sich, soweit sie Katholiken sind, und dem Gewerkschaftler einen scharfen Strich zu ziehen wissen. Sie leugneten jede Unterwerfung ihrer Bewegung unter die Kontrolle des Oberhauptes der katholischen Kirche nicht nur, sie wiesen sie entschieden, ja schroff zurück.

Hält man zu dieser deutlichen Selbständigkeitserklärung der christlichen Gewerkschaften die Rundgebung, mit der vor wenigen Tagen der Erzbischof von Köln für sie eingetreten ist in dem jubelnd begrüßten Satz: „Gegenüber der Tatsache, daß 800 000 katholische Arbeiter den sozialdemokratischen Organisationen angehören, haben wir die Pflicht, unter uneren Verhältnissen die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu pflegen“, so muß man sagen, daß gegenwärtig die christlichen Gewerkschaften gegenüber ihren Gegnern, den Berliner Fachabteilungen, die Oberhand gewonnen haben; sie haben ihre Art beibehalten und doch die Günst des deutschen Episcopats nicht verloren.“

Im liberalen

### „Deutschen Kurier“

Nr. 98/1913 ist unter anderem zu lesen:

„Nun ist die Sachlage geklärt, wie die sozialdemokratischen Ankläger es gewollt, aber diese Klärung ist ganz anders ausgefallen, als sie erwartet haben. Man kann im Interesse der Reinlichkeit im politischen Tageskampf den Kölner Prozess nur begrüßen, der den Sieg der christlichen Gewerkschaften über sozialdemokratische Verleumdung dadurch noch vergrößerte und verschönte, daß die schwer beleidigten christl. Arbeiterführer durch ihre Vertreter erklären ließen, daß sie an einer harten Strafe ihrer Verleider kein Interesse haben. Das ganze Gebäude der roten Anklage ist schmählich zusammengesürzt, und nichts blieb übrig von all dem, was eine vergiftete Phantasie sich zurecht gelegt hatte, um der christlichen Arbeiterbewegung womöglich den Untergang zu bereiten. Festgestellt ist, daß von einer Abmachung zwischen Unternehmern und christlichen Arbeitern bei den letzten Reichstagswahlen keine Rede sein kann. ... Fest steht, daß die christlichen Arbeiterführer es ihrer Rückgratfestigkeit verdanken, daß nunmehr ihre Bewegung auch die Zustimmung der Bischöfe gefunden hat, und daß damit einem klug ausgenutzten Fehlschussplan ihrer Gegner der letzte Boden entzogen wurde.“

Die notwendige Klärung ist geschaffen, aber die Sozialdemokraten dürften keine Freude daran haben. Sie haben sich auch hier wieder einmal erwiesen, als die Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Um so mehr freuen sich über dieses Ergebnis des Kölner Gewerkschaftsprozesses alle, die ein Interesse daran haben, daß die Arbeiterbewegung nicht nur im Ruhrgebiet, sondern überall in gesunde Bahnen einlenken kann und daß vor allem der verheerenden und zerschenden Arbeit der Sozialdemokratie der Kampf zu gelten hat. Die Sozialdemokratie hat in diesem Prozess eine empfindliche Niederlage erlitten, und die hat sie recht verdient.“

### „Die Post“

schrieb in Nr. 601/1913:

„... Das Fazit des Prozesses ist also für die sozialdemokratische Presse geradezu beschämend. Wie ein Kartenhaus ist alles zusammengestürzt, was sozialdemokratische Selbstzerrei und Erfindungskunst aus dem Nichts herorgezaubert hatte, um dem unangenehmen christlichen Konkurrenten das Wasser abzugraben. Die vergifteten Pfeile aber fielen auf die Schützen selber zurück.“

Zum Schluß noch eine Stelle aus der

### „Kölnischen Volkszeitung“

in ihrer Nr. 1113/1913 schreibt sie:

„Auch im evangelischen Lager Deutschlands könnte man aus dem Prozess manche Lehren ziehen. Häufig schon konnte man die Beobachtung machen, daß hinter den einfachsten Vorgängen im katholischen Lager Intrigenpolitik und Gespensterlehre gewittert wurde, was ein hartes Maß von Mißtrauen erzeugte. Der Prozess hat gezeigt, daß bei dem Enzyklikafreit die katholischen Führer der christlichen Gewerkschaften geradezu heilig über die wahren, daß unter keinen Umständen den evangelischen Arbeitern in der christl. Gewerkschaftsbewegung eine Stellung zugemutet werden dürfe, die sie in ihrer Eigenschaft als evangelische Christen als unumwunden empfinden müßten. Die evangelischen Führer der christlichen Gewerkschaften waren bereit, eidlich zu erklären, daß während des Enzyklikafreites die führenden evangelischen Kollegen innerhalb des Vorstandes und Ausschusses des Gesamtverbandes über alle Einzelheiten unterrichtet worden sind. Für die führenden evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften brachte der Prozess nichts Neues. Herr Barrer Witz von der Wartburg verwickelte, durch den Verlauf des Prozesses, der für ihn eine sehr lehrreiche Episode bleibe, dafür belehrt worden zu sein, daß er sich künftig an Aktionen gegen die christl. Gewerkschaften nicht mehr beteilige. Er habe während der Prozesstage zu den Führern der christlichen Gewerkschaften ein hohes Maß von Vertrauen gewonnen; künftig werde er bei etwaigen Zweifeln sich gleich an die richtigen Stellen um Auskunft wenden. Mit diesem Prozesgegner war es daher auch leicht, sich zu vergleichen.“

Auf dem Dresdener Kongress der christlichen Gewerkschaften führte Herr Stegerwald unter einmütigem Beifall der Versammelten aus:

„Die christlichen Gewerkschaften können nicht religiöse, daher auch nicht katholisch-religiöse Aufgaben übernehmen. Sie können sich aber auch nicht — und diese Worte richten sich an eine andere Adresse — als Sturmbock gegen Rom gebrauchen lassen. Die christlichen Gewerkschaftler bleiben treue Katholiken auf der einen Seite, treue Protestanten auf der anderen Seite, aber ebenso treue christliche Gewerkschaftler. Die Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und Protestanten auf religiösem Gebiete liegen jenseits des Aufgabengebietes der christlichen Gewerkschaften.“

Dabei sollte und mühte es auch für die Zukunft bleiben. Wir haben nach dem Essener Kongress gelobt, in guten und bösen Tagen unentwegt zu den christlichen Gewerkschaften halten zu wollen. Dies ist uns von verschiedenen Seiten verübelt worden. Heute werden auch diese Kreise davon überzeugt sein, daß wir recht hatten, für die christlichen Gewerkschaften uns zu erklären. Der Kölner Prozeß hat gezeigt, daß gegenüber der machtvollen Sozialdemokratie, welche die gesamte Arbeiterchaft in ihrem Bann zu schlagen versucht, eine starke christlich-nationale Gewerkschaft unbedingt notwendig ist; wenn nicht die nationalen und die ethischen Schätze unseres Volkes unheilbaren Schäden erleiden sollen. Müge man jetzt endlich mit den Schlämmerungen der christlichen Gewerkschaften aufhören, sich allseitig zu ihrer resoluten Förderung auflassen und den Führern das Vertrauen entgegenzubringen, das sie — wie es aus dieser Prozeß wieder gezeigt hat, — in so reichem Maße verdienen. Nicht so sehr in der Beurteilung der Gegner der christlichen Gewerkschaften, als in der Aussicht, daß es nunmehr endlich zum Frieden im Gewerkschaftskampf, zu der allseitigen Anerkennung der Notwendigkeit, sie zu fördern, kommen muß, erblicken wir den hauptsächlichsten Gewinn dieses Prozesses.“

### Ein Nachwort zum Kölner Prozeß

Kollege Stegerwald veröffentlicht in der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 1117, 1913) folgendes Nachwort zum Kölner Prozeß:

„Um jeder Verwirrung über den Prozeß vorzubeugen, ist noch ein kurzes Nachwort notwendig, um so mehr, als in verschiedenen Zeitungen abweichend über wichtige Vorgänge im Gerichtsaal berichtet wurde. Ein Teil der sozialdemokratischen Presse verkehrt die schriftlich fixierten Ausführungen des Herrn Bischofs Dr. Schulte in ihr Gegenteil. Ein solches Verhalten richtet sich von selbst. Auch über die Aussagen anderer Zeugen wird unzutreffend berichtet, und von mir finden sich an einer Stelle so scharfe Worte wieder, wie ich sie nicht ausgesprochen habe. Ich will damit der letzteren Berichterstattung keinen Vorwurf machen. Die Verhandlungen dauerten an dem ersten Prozeßtag bekanntlich bis 8 Uhr, und an den beiden folgenden Tagen bis um 9,30 Uhr abends. In solchen Dauererörterungen werden an die Herren Berichterstatter schier übermenschliche Anforderungen gestellt. Darunter muß naturgemäß die Berichterstattung leiden. Für die Freunde und Gegner der christl. Gewerkschaften erscheint in etwa 14 Tagen ein Bericht, der die entscheidenden Stellen in genauem Stenogramm wiedergibt. Darauf möge man dann die Kritik an dem Prozeß aufbauen. Ich betrachte es einseitig nicht, um das klare und entscheidende Ergebnis des Prozesses nicht zu verwischen.“

Die Sozialdemokratie hat dem Prozeß mit Recht außerordentliche Bedeutung beigemessen. Die beklagten Zeitungen beauftragten mit der Prozeßführung den anerkannt tüchtigsten Rechtsanwalt, über den die deutsche Sozialdemokratie in der Gegenwart verfügt, Herrn Reichstagsabgeordneten Heine. Herr Heine hat sich monatelang in alle Einzelheiten der Prozeßmaterie eingearbeitet. Als er in der ersten Stunde der Vernehmung des Herrn Bischofs Dr. Schulte merkte, daß sachlich für sein Beweisthema kaum etwas herauszuholen war, änderte er seine Taktik. Jetzt sagte er, wie ihm Herr Rechtsanwalt Dr. Schreiber mit Recht entgegenhielt, die deutschen Bischöfe gegen den Heiligen Vater, dann die deutschen Bischöfe gegeneinander, die Arbeiterzeugen gegen Papst und Bischöfe, die christliche Gewerkschaftsbewegung insgesamt gegen die evangelischen Bistümer und die Reichsregierung auszuspielen, um auf solche Art und Weise dann wenigstens für die Sozialdemokratie auf politischem Gebiete das denkbar möglichste Material herauszuholen.

Es dürfte noch bei wenigen Prozessen vorgekommen sein, daß ein Zeuge sechs Stunden lang vernommen wurde, wie dies Herr Bischof Dr. Schulte geschah. An den Herrn Bischof wurden die raffiniertesten und kompliziertesten Fragen gestellt, um ihn möglichst in Gegenfah zu dem Oberhaupt der katholischen Kirche zu bringen. Herr Bischof Dr. Schulte mußte diese sechsstündige Examinierung als eine rücksichtslose Quälerei empfinden, die in dem Beweisthema nicht im entferntesten begründet war. Dem Herrn Richter soll damit allerdings kein Vorwurf gemacht werden. Die Vernehmung des Herrn Bischofs Dr. Schulte erfolgte kommissarisch, so daß der Herr Richter ohne Schöpfer bei der etwaigen Zurückweisung von Fragen, von denen zweifelhaft war, ob sie zur Sache gehörten, sich sehr zurückhalten mußte. Er durfte den Gegnern nicht gleich bei dem ersten Zeugen den Vorwand geben, sie seien in ihrer Beweisführung beschränkt worden. Ein ähnliches Spiel wiederholte Rechtsanwalt Heine bei dem zweiten Zeugen, Herrn Generalleutnant Dr. Krenzwald. Auch er mußte ein mehrstündiges Kreuzverhör bestehen in der offensichtlichsten Absicht, auf moral-theologischen Gebiete mehr aus ihm herauszuholen, als er als katholischer Priester sagen konnte und sagen durfte. Später suchte Herr Rechtsanwalt Heine dasselbe Spiel mit dem Abgeordneten Giesberts und selbst mit mir als Privatkläger zu wiederholen. Und demnach: Herr Heine mußte auch auf diesem Gebiete das Schlachtfeld ergebnislos verlassen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat durch diesen Prozeß im Hinblick auf die künftige Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung eine bedeutende und entscheidende Schlappe erlitten. Die Bedeutung des Prozesses liegt nicht auf prozeduralem Gebiete, liegt nicht in der Bestrafung der sozialdemokratischen Redakteure und in der Ehrenrettung für die christlichen Gewerkschaftsführer, sondern in der bedeutenden Klärung der grundsätzlichen Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den wichtigsten Faktoren des öffentlichen Lebens, wie mit Recht die „Köln. Volkszeitung“ und die „Kölnische Zeitung“ übereinstimmend hervorheben.

Noch nie seit ihrem Bestehen hat die christliche Gewerkschaftsbewegung über eine so geklärte, gefestigte und anerkannte Position verfügt, wie in der Gegenwart. Auf dem Berliner Arbeiterkongreß wurde zu den großen Lebensfragen des deutschen Volkes und der Arbeiterchaft, soweit sie das nationale, soziale und wirtschaftliche Gebiet betreffen, klar und

zusammenfassend Stellung genommen. In dem Kölner Prozeß hat der Teil der Frauen keine Klärung gefunden, die auf gewerkschaftlichem, kirchlichem und volklichem Gebiete lagen. Die Sozialdemokratie hat sich in diesem Prozeß selbst die stärksten Waffen im Kampfe gegen die christliche Arbeiterbewegung aus der Hand geschlagen. Die Öffentlichkeit sieht jetzt klar in allen Fragen, die zwischen sozialen, und dem allgemeinen staatspolitischen und dem kulturellen Leben einerseits und der Arbeiterbewegung andererseits zusammenhängen. Und daß die Sozialdemokratie selbst es war, die diese Klärung soweit die wichtigsten Fragen in Betracht kommen, zugunsten der christlichen Gewerkschaften herbeigeführt hat, bleibt das historische Verdienst an dem Kölner Prozeß.

Die christlichen Gewerkschaften haben nunmehr nach allen Richtungen hin freie Bahn; jetzt vorwärts!

### Allgemeine Rundschau

#### Die Gegner der Arbeitslosenversicherung

Im Unternehmerlager sind äußerst rege. Neben anderen Arbeitgeberorganisationen wartet nun auch der Verband württembergischer Metallindustrieller mit einer „Protest-Resolution“ auf. Sein Ausschuß ist zusammen gewesen. Kurzerhand erklärt dieser, die Propagierung der Arbeitslosenversicherung sei eine sozialdemokratische Macho; schließlich würde die Arbeitslosenversicherung

„nur einem verhältnismäßig eng begrenzten Teil der Staatsbürger, welcher zudem in seiner Mehrheit gerade der den Hauptteil der Kosten tragenden Industrie feindlich gegenübersteht, zugute kommen, während ein großer Teil der Arbeitgeber selbst unter der Wirkung des wirtschaftlichen Niederganges mindestens ebenso schwer zu leiden hat (1), ohne von irgend einer Seite unterstützt zu werden. Von der Ermägung ausgehend, daß nicht die Wirkung, sondern die Ursache der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen ist, spricht sich der Ausschuß des Verbandes württembergischer Metallindustrieller dahin aus, daß die Gütererzeugung in Deutschland künftighin gesteigert und dadurch die Arbeitsgelegenheit vermehrt wird, daß sie durch das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden zu vergebenden Aufträgen der einheimischen Industrie überwiesen und daß die öffentlichen Arbeiten in zweckmäßiger Weise zeitlich verteilt, rechtzeitig in Angriff genommen und soweit als möglich durch einheimische Arbeiter ausgeführt werden.“

Gewiß sind auch wir für eine Bekämpfung der Ursachen der Arbeitslosigkeit. Wer aber glaubt, daß dadurch die Arbeitslosigkeit radikal verschwinden wird, der irrt sich sehr. Mit demselben Recht könnte jemand herkommen und behaupten, die Unfallversicherung sei überflüssig, denn man könne die Unfälle durch geeignete und hinreichende Schutzvorrichtungen aus der Welt schaffen. Und erst gar das „schöne“ Gerede von der Berücksichtigung der einheimischen Arbeiter. Gerade die Arbeitgeberverbände in der Metall-, Maschinen- und Hüttenindustrie, sind es doch die mit ihren „Sortiermaschinen“ vulgo Arbeitsnachweiser die einheimischen Arbeiter zu Bewohnern der Landstraße machen.

Im übrigen ist die Stempelung der Forderung nach Einführung einer Arbeitslosenversicherung, als eine sozialdemokratische, ein allzu gebrauchter Trick, auf den die öffentliche Meinung nicht mehr hereinfällt. Auf dem dritten Deutschen Arbeiterkongreß haben die Vertreter von einundvierzig Millionen christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten, die Einführung der Arbeitslosenversicherung mit aller Entschiedenheit gefordert. Aus der öffentlichen Erörterung wird die Forderung nicht verschwinden.

#### Die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der deutschen Marine- und Heeresverwaltung

Nach dem amtlichen Bericht an den Reichstag ergab sich, wie die Soz. Prozeß berichtet, für die Jahre 1909 bis 1911 bei der Reichsmeinesverwaltung folgender durchschnittlicher Tagelohn:

	1909	1910	1911
Selbständige und Jungen	1,52	1,66	1,63
Handlanger	4,32	4,50	4,67
Betriebsarbeiter	4,98	5,07	5,41
Hilfshandwerker	5,98	5,14	5,41

Es ist also eine Lohnsteigerung bei fast allen Gruppen zu verzeichnen. Der Lohn der gelehrten Arbeiter schwankte zwischen Mk. 5,38 und Mk. 6,75.

Bei der Preussischen Heeresverwaltung (Feldzeugmeisterei) liegt der Lohn der Sacharbeiter bis auf Mk. 7,54 (Monteure usw.); dagegen verdienen die Arbeiterinnen nur etwa Mk. 2,75 täglich.

Die regelmäßige Arbeitszeit betrug bei der Reichsmarineverwaltung in den Bureaus 8, in den Betrieben 9 Stunden. Eine regelmäßige längere Dienstzeit als 9 Stunden kam im Sicherheits- und Wachdienst in geringerem Umfang, ein Arbeiten in regelmäßigen Tag- und Nachtschichten nur ausnahmsweise vor. Ueberstunden wurden möglichst vermieden. Die Zahl aller Beschäftigten betrug 24.291 (1911).

Inbezug auf das Lebensalter der Beschäftigten ergab sich bei der Marineverwaltung, daß der Schwerpunkt in den folgenden Altersklassen lag: 25—30 Jahre (17,1 v. H.), 31—35 Jahre (16,2 v. H.) und 36—40 Jahre (13,7 v. H.). Danach zeigt ein taufches Sinken der Zahlen ein. Im Alter von 61—65 Jahren sind es nur noch 2,4 v. H., und über 70 Jahre alt waren nur 0,2 v. H. der Arbeiter. Bei der Preussischen Heeresverwaltung ergibt sich ein ähnliches Bild, nur finden sich etwas weniger ganz jugendliche. Ferner sinken die Zahlen der über 40 Jahre alten Leute allmählich ab als bei der Marineverwaltung.

Die Gruppierung des Dienstalters ist die folgende: Bei der Marineverwaltung waren 44,6 v. H. der Arbeiter noch nicht 5 Jahre tätig; 5—10 Jahre 16,1 v. H., und über 30 Jahre nur noch 3,8 v. H. In der Preussischen Heeresverwaltung (Feldzeugmeisterei) lauteten die entsprechenden Zahlen: 27,1, 17,02 und 4,14 v. H. bei 21024 Beschäftigten. Die Denkschrift gibt ferner Auskunft über die Arbeiterwohnungen und Mietpreise, über die Sozialversicherung, Wohlfahrtsanstaltungen usw.

#### Konferenz evangelischer Arbeiter

In Löher I. B. fand am 7. Dezember eine bedeutsame Konferenz statt, an der 300 Delegierte von evangelischen Arbeitervereinen und Zirkeln der christlichen Gewerkschaften des Württemberg, Lipper und Nassauischer Landes teilnahmen. Es galt zu wichtigen Tagesfragen, vor allem aber zu dem Dritten Deutschen Arbeiterkongreß und den dort gefassten Beschlüssen Stellung zu nehmen. Zunächst schilderte der geschäftsführende Vorsitzende der evangelisch-sozialen Schule in Dettingen, Pastor Jäger,

in eingehendem Vortrag die Geisteskämpfe unserer Zeit. Die Frage: „Wie gewinnen wir die evangelischen Arbeiter in stärkerer Maße für unsere Organisationen?“ behandelte der Landtagsabgeordnete, Kollege Wallbaum in sachlicher und überzeugender Weise. Im Anschluß an die beiden äußerst beifällig aufgenommene Referate wurde eine Entschliessung angenommen, die u. a. sagt:

„Die Delegierten schloßen sich den Beschlüssen des dritten deutschen Arbeiterkongresses an und erwarten, daß die berufenen Führer der evangelischen Vereine, soweit diese Arbeiterinnen und Arbeiter umfassen, die ideellen und wirtschaftlichen Interessen des Arbeiterstandes stärker berücksichtigen, sowie den Arbeiterstand in harmonischer Weise mit heranziehen, wo es gilt, über Fragen zu entscheiden, die das Leben der Arbeiterwelt betreffen.“

Dieser bedeutsame Rundgebung sind inzwischen viele andere gefolgt. Dadurch wird auch der Öffentlichkeit gegenüber dokumentiert, daß die christlich-nationale Arbeiterchaft geschlossen hinter den Beschlüssen des dritten deutschen Arbeiterkongresses steht.

#### Der „falsch verstandene Darwinismus“ und die Sozialdemokratie

Sie kommen spät, die theologischen Gelehrten der Metallarbeiterzeitung, aber sie kommen. Endlich nach dreizehn Wochen haben sie die Sprache gefunden, etwas auf unserm Artikel „Der falsch verstandene Darwinismus“ und die Sozialdemokratie“ zu erwidern. Es scheint eine harte Nuß für sie gewesen zu sein, sie haben viel daran herumgeknabbert, aber keinen einzigen Satz anzufechten vermocht.

Um aber wenigstens etwas ihren Lesern vorführen zu können, schreiben sie von blöder „Tapfigkeit“, mit der wir angeblich der „Ausbeuterphilosophie“ Carnegies zu Hilfe geeilt wären.“

Im Anschluß an diese unwahre Behauptung bringt die „Metallarbeiterzeitung“ (Nr. 52/13) dann einen langen Sermon aus der Schrift des russischen Naturforschers Peter Kropotkin über „Gegenseitige Hilfe aus der Tier- und Menschewelt“, aus der der „nichtverstandene Darwinismus“ bestritten werden soll. Die Grundgedanken, die wir in unserem Artikel anführten, werden damit aber weder entkräftet noch erschüttert. Es bleibt unumstößlich wahr, nicht die Lehren Darwins, sondern die des Christentums haben Menschenliebe und Hilfsbereitschaft für alle Menschen zur Pflicht gemacht, und eine Wirkung erzielt, die einzig dasteht in der Weltgeschichte. An dieser Tatsache können auch böswillige Kritiker nichts ändern.

Es kann auch nicht weggeleugnet werden, daß gerade das ungläubige sogenannte Herzens- oder Uebermenschenhum, das den Arbeiter nur als Kulturdünger betrachtet und bewertet, sich auf die Lehren eines Darwins beruft, als deren Typ ein Carnagie anzusprechen ist.

Wie der Darwinismus zu verstehen ist, darüber werden die Geister stets verschiedener Meinung sein. Jede Klasse, die auf Darwin schwört, legt ihn eben so aus, wie es ihren Interessen am besten entspricht. Das wird voraussetzungslos auch für alle Zukunft der Fall sein. Der „Stärkste“ wird daraus den größten Gewinn für sich und seine Klasse zu ziehen suchen. Kampf aller gegen alle. Das wäre der Weisheit höchster Schluß. Damit würde dem Arbeiterstand am wenigsten gebient sein, weil er die Kosten zu tragen hätte. Wenn jeder nur für seine Klasse Hilfsbereitschaft zeigt, ist ein kulturwürdiges Zusammenleben der Menschen unmöglich.

Wir haben die „Ausbeuterphilosophie“ eines Carnegie auch nicht unterstellt — wie uns die „Metallarbeiterzeitung“ fälschlicherweise unterstellen will, — sondern mit Entschiedenheit zurückgewiesen und bekämpft, und zwar unter Benützung der stärksten Argumente, welche der Menschheit bisher zur Verfügung gestanden haben. Das sind die grundsätzlichen Lehren des Christentums, in den Beziehungen der Pflichten der Menschen zueinander. Diese Lehren haben sich bis heute auch in sozialer Beziehung stärker erwiesen als alle philosophischen Systeme, die gekommen und gegangen sind.

Der Herrenmenschlichen Philosophie eines Nietzsche und einem „falsch verstandenen Darwinismus“ können die christlichen Arbeiter mit Erfolg entgegengetreten und bekämpft, die ungläubigen Arbeiter können es nicht. Darin liegt ihre Achillesferse gegenüber dem „Herrenmenschenhum“. Daß dieses die ungläubige Sozialdemokratie auch fühlt, beweist eben ihre geradezu klägliche, lendentahme Stellungnahme. Auf diese Tatsache hinzuweisen, war der Zweck unseres Artikels. Und wenn die darin ausgesprochenen Gedanken auch ungläubige Arbeiter zum Nachdenken anregen, hat derselbe seinen Zweck erfüllt. F. W.

#### Der „wahrheitsliebende“ Dr. Erdmann

Bekanntlich hatte die Leitung des 3. Deutschen Arbeiterkongresses dem „Christendoktor“ Erdmann eine Teilnehmerkarte zum Arbeiterkongreß verweigert, weil der Herr Doktor auf früheren Kongressen die allerprimitivsten Voraussetzungen für das Gelingen auf das größtmögliche mißbraucht hatte. Der „Herr Doktor“ war also mit Recht rausgewirbelt worden. Um sich aus der unangenehmen Situation zu retten, ließ er durch die sozialdemokratische Presse veröffentlichen: „Es ist gelogen, daß Genosse Erdmann um eine Pressekarte zum Berliner Kongreß gebeten habe“, (Frankfurter „Volksstimme“) und die Düsseldorfener Volkszeitung“ Nr. 294), der die Sache doch etwas stark vorkam, bemerkte, Dr. Erdmann habe nur schriftlich um die Zusendung der Druckfachen des Kongresses gebeten. Der „Herr Doktor“ glaubte seine Haut in Sicherheit gebracht zu haben, wenn er den sozialdemokratischen Zeitungslesern einige unwahre Bemerkungen hinwarf. Der Vernunft! Er hatte die Rechnung ohne die irdliche (Berliner) Kongreßleitung gemacht. Daß er am 28. November eine mit dem Reichstagsstempel versehene eigenhändig geschriebene Briefkarte mit der Bitte um Karte und Druckfachen an die irdliche Kongreßleitung gesandt hatte, war dem Herrn Doktor bei seinen „schwierigen philosophischen Arbeiten“ über die christliche Arbeiterbewegung anscheinend nicht mehr im Gedächtnis.

Die Karte hatte folgenden Inhalt:  
Sehr geehrter Herr!  
Darf ich Sie bitten, mir eine Karte für den dritten Deutschen Arbeiterkongreß und die dazu gehörigen Druckfachen zugehen zu lassen.  
Hochachtung

Berlin S. 11 Hotel Bagaly, Königgräber Str. 111. Dr. A. Erdmann, M. d. R.  
Also, nicht nur um die Druckfachen des Kongresses hat er; nein, in allererster Linie wünschte er „eine Karte für den dritten Deutschen Arbeiterkongreß“ und dann erst „die dazu gehörigen Druckfachen“. Tja, Herr Doktor, was sagen Sie nun? Das ist keine sogenannte „voraussetzungslose“ Wissenschaft, wie

der „Christenbrot“ sie liebt, sondern ist auf Tatsachen ausge- baut und ist Wahrheit. Von dieser letzteren wünschen wir ihm als nächstes Weihnachtsangebot ein voll gekittetes Maß. Dann wird er weniger unangenehm auffallen.

Die Sozialdemokratie als Arbeitgeber

In der belgischen und holländischen Presse hat kürzlich ein Bericht viel Aufsehen erregt, den die „Waarheid“, das Organ einer lokalen Vereinigung von Sozialisten der belgischen Stadt Gent jüngst gebracht hat. Darin wird wörtlich folgendes mitgeteilt: „Unser Leser wissen, wie man unsere Arbeiter, die auf der Sozialistenfabrik (Genossenschaftsbetrieb), jener Höhe der Ausbeutung, behandelt. Nach dem Ausbruch einer ersten Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft wurde Ansele (einer der bekanntesten belgischen Sozialistenführer) telefonisch in Kenntnis gesetzt. Als bald kam er mit seinem Auto herangefahren. Es entwickelte sich eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf Ansele derbe Wahrheiten an den Kopf geschleudert wurden. Darauf richtete er, in seinem Automobil aufrecht stehend, an die „Vermessenen“ folgende Worte: „Wir haben stets die Arbeitgeber bekämpft; jedoch zu Unrecht, denn ihr seid Leute, die man mit der Peitsche lenken muß.“

Das ist ja, so fügen die Blätter, die den Bericht bringen, treffend bei, eine erfreuliche Aussicht für jene Zeit, wo die sogenannten Volksretter den Arbeitsmann ein für allemal in ihrem Zukunftsstaat unter ihrer Krute haben werden.

Sirenengesang der gelben „Jugendfreunde“

Der „Werkverein“, das Organ der Kirchhofsfriedlichen, ist plötzlich aus den Wolken gefallen. Ihm ward, so schreibt er in seiner Nummer 51, von den Streikgewerkschaften „sonderbare Kunde“. Den Streikgewerkschaften sei „neuerdings“ die Erkenntnis gekommen, daß sie auch nach der heranwachsenden Jugend ihre „Saugneke“ auswerfen müßten. „Was wollen die christlichen Gewerkschaften anders, als in ihren Jugendabteilungen streikflüchtige Kämpfer für die Gewerkschaftsfrage zu erziehen!“ So ruft er pathetisch aus. Gemach, Verehrtester. Ganz so ist es doch nicht. Wir wollen keine „streikflüchtigen“ Kämpfer erziehen, sondern rückgratfeste, aufrechte, standesbewußte Arbeiter, die ihre heiligsten Güter und ihre Freiheit zu verteidigen wissen, die nicht nach Wohlhalten girren, und nicht um Unternehmerrückgang gehen, sondern vielmehr ihrer Hände und Arme Kraft dem Vaterlande und der Industrie freudig leihen, dafür aber auch frei und unabhängig als gleichberechtigte Kontrahenten den Arbeitsvertrag abschließen wollen. Wenn bei den Gelben nackte Berechnung und kühle Ermüdungen die Leitmotive bei dem Jugendfang sind, haben sie deshalb noch lange kein Recht, auch uns diese Beweggründe unterzuschleichen. Die Jugendarbeit der christlichen Gewerkschaften ist von reinem Idealismus getragen.

Der „Werkverein“ kommt übrigens reichlich spät mit der Feststellung, daß in den christlichen Gewerkschaften die Jugendarbeit aufgenommen worden ist. Der christliche Metallarbeiterverband hat bereits vor mehr als drei Jahren öffentlich zur Jugendfrage Stellung genommen und auf der Generalversammlung 1910 in Duisburg eine besondere Jugendbeitragsklasse eingeführt. Die Argumentation des „Werkvereins“, daß, wenn wirklich reiner Idealismus die Triebfeder der Jugendpflanzungsbestrebungen der Gewerkschaften wäre, dann hätte diese nicht erst neuerdings, sondern schon länger betrieben werden müssen, ist also hinfällig.

Der Sirenengesang, den der Werkverein dann ertönen ließ, versängt jedoch bei aufrechten, deutschen Jünglingen nicht. Der gesunde Sinn der deutschen Arbeiterjugend weiß ganz der gewerkschaftlichen Aufklärung sehr wohl zu unterscheiden zwischen Leuten, die von der Gnade und dem Wohlwollen der Unternehmer abhängen, und aufrechten Männern, standesbewußten Arbeitern. Dafür ein Beispiel aus neuester Zeit. In Elberfeld hat die Firma K. ungefähr 100 Lehrlinge versammelt lassen, denen dann ein gelber Agitator den gelben Jugendbund schüler wie mit Engelszungen empfahl. Der Erfolg war, daß sich von den 100 Anwesenden zwei weibliche und ein männlicher junger Arbeiter zum Beitritt bereit erklärten. Die Uebrigen verzichteten auf die „Segnungen“ der Gelben.

Diese Tatsache beweist, daß die Bäume der Gelben nicht in den Himmel wachsen. Unsere Kollegen aber mögen eifrig weiterarbeiten und nicht erschaffen in der Werbearbeit für unsere Jugendklasse.

Streits und Lohnbewegungen

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Offen-Berge-Vorbeck. Auf der Zinkhütte in Berge-Vorbeck sind Differenzen ausgebrochen.

Koblerich bei Cresfeld. Bei der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Tillm. Schmeß, stehen die Arbeiter wegen Verteidigung des Koalitionsrechtes in Kampf.

Ahlen (Westf.) Bei der Firma Röttering und Beckmann bestehen Differenzen.

Zugzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. Jan. der dritte Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. Jan. bis 17. Januar fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Schwelm. Kaum ist die Bewegung bei der Firma Rhena- mia beendet, über deren Verlauf wir im Verbandsorgan berichteten, und schon wieder trifft die Leitung des Werkes Maßnahmen, welche Erbitterung in Arbeitertreuen hervor- rufen. Die Arbeiter sollen unter allen Umständen dem gelben Werkverein beitreten. Die gelben Agitatoren dürfen unge- bindert während der Arbeitszeit die „Werkarbeit“ für die „gelbe Sache“ betreiben. Meister und Beamte sind ange- wiesen, mit Nachdruck den Arbeitern den Beitritt zum Werk- verein zu „empfehlen“. Eine Reihe von Arbeitern wurde geradezu gezwungen, diesem „Verein“ beizutreten. Die selben Oberbauratlinge jubelten, der Werkverein habe die

überwiegende Mehrheit der Arbeiter „unserer Firma“ als Mit- glieder gewonnen. Darum begte auch die Werkleitung die bestimmte Hoffnung, daß bei der Krankenkassenwahl die ganze Liste der Gelben gewählt würde. Damit diese größere Zug- kraft bekam, setzte man auch die Namen einiger Organisier- ter darauf. Diese lehnten aber die „gelbe Ehre“ dankend ab. Seitens der organisierten Kollegen reichte man nun eben- falls eine Liste ein. Das Resultat der Wahl brachte den Obergelehrten und der Werkleitung eine große Enttäuschung. Denn die Liste der Gelben erzielte, trotzdem Meister und Be- amte recht eifrig die Wahlagitiation betrieben und geschlossen dafür stimmten, nur 3 Stimmen mehr wie die Liste der Organisierten. Das Resultat der Wahl soll der Direktion sehr wenig gefallen haben.

Die gewerkschaftliche Macht der Organisation soll aber unbedingt gebrochen werden, damit man nach dem Vorbild des Düsseldorfener Schwesterwerkes desto leichter Verschlech- terungen durchführen kann. Ein noch schärferer Druck wird auf die Mitglieder der Gewerkschaften ausgeübt. Ob der Uebertritt des Obervertrauensmannes Bils vom sozialdemo- kratischen Metallarbeiterverbandes zu den Gelben, auf diesen Druck hin erfolgte, konnten wir bis jetzt allerdings noch nicht feststellen. Anscheinend hat bei diesem Genossen die mehr als 10jährige Mitgliedschaft beim sozialdemokratischen Verband den Rückfall nicht verhindern können. Die Werk- leitung sagte sich nun: „War dies bei dem Obervertrauensmann der Genossen möglich, so muß dies auch bei dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes möglich sein“. Allein Kollege W. lehnte es ab, dem gelben Werkverein beizutreten. Auch dann noch als der Meister ihn auf Befehl des Herrn Direktors Fortin kündigt. In eingeweihten Kreisen wird behauptet, daß der Meister sich anfänglich weigerte W. zu kündigen, da er mit dessen Arbeit und sonstigem Verhalten sehr zufrieden sei. Es sei dem Meister aber vom Direktor gesagt worden, daß, sofern er W. bis morgen abend nicht gekündigt habe, er selbst die Kündigung bekäme. Die Kün- digung erfolgte mit den Worten: „Es tut mir leid, ich muß Ihnen auf Befehl des Herrn Direktors kündigen“. So- wohl der Meister, als auch der Vagerchef erklärten auf die Frage nach dem Grunde der Kündigung: „Mit seiner Ar- beit bin ich zufrieden; sein sonstiges Verhalten gab auch zu keinerlei Klagen Anlaß“. W. suchte deshalb bei der Werk- leitung den Grund seiner Kündigung zu erfahren. Dort wurde ihm zuerst bedeutet, daß auf dem Lager in den letzten Wochen die Arbeit sehr vernachlässigt worden sei. W. bestritt dieses und verlangte, daß der Meister und Lager- chef gerufen und in seiner Gegenwart dieses festgestellt werde. Auffallender Weise wehrte sich Direktor Fortin mit Händen und Füßen dagegen, und rief dann aus: „Herr W., wir heibe verstehen uns nicht! Was haben Sie denn vom Verband, Herr Bils (soz. Vertrauensmann, b. R.) hat in die Kasse des sozialdemokratischen Verbandes 350 Mark eingezahlt; er war dessen eifriger Vertrauensmann und ist dennoch heute Mitglied des Werkvereins“. W. erklärte, daß er ein solches Ansinnen als eine Beleidigung ansehe. So charakterlos vermöge er nicht zu handeln. Herr Dir. Fortin wollte dann schließlich im Laufe der 15tägigen Unterredung die Kündigung zurück- nehmen, wenn W. ihm die Versicherung gebe, daß zukünftig über die Verhältnisse des Betriebes weder in der Presse noch im Verbandsorgan etwas veröffentlicht würde. Ein solches Ansinnen lehnte W. jedoch entschieden ab. Herr Dir. Fortin betonte dann am Schluß nochmals: „Wir beide ver- stehen uns nicht. Herr W. Sie sind ein Ehrenmann; wenn ich Ihnen auf der Straße begegne, ziehe ich den Hut vor Ihnen ab.“ worauf W. erklärte: „Und ich denke dann immer, daß ich, weil ich es ablehnte, in den gelben Werkverein einzutreten von Ihnen aus dem Betrieb verworfen wurde.“

Schon vor einigen Wochen hat die Firma unter Schein- gründen verschiedene organisierte Kollegen entlassen. Diesem- mal fühlte man sich bereits stark genug, um auf die Vor- schiebung eines Scheintruders für die Entlassung des Kollegen W. zu verzichten. Diese Mißachtung des gesetzlich gewähr- leisteten Koalitionsrechtes läßt klar erkennen, was von den gegenteiligen Versicherungen der Firma zu halten ist. Durch diese Maßnahmen sollen die Arbeiter eingeschüchtert werden, damit die Firma desto leichter die geplanten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchführen kann. So hat man die Brennerlöhne für „Grund“ bereits um fast 20 Proz. gekürzt. Die Arbeitszeit der Nachschicht wurde um 2 Stunden verlängert. Weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeits- verhältnisse stehen in Aussicht. Angesichts solcher Tatsachen sollten sich die unorganisierten Arbeiter der Firma „Rhena- mia“ einmal die Frage vorlegen, ob sie durch ihre Gleich- gültigkeit gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation, sich nicht ins eigene Fleisch schneiden? Die Arbeiter der übrigen Betriebe aber mögen an diesen Vorkommnissen erkennen was von den gelben Werkvereinen hinsichtlich der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen zu erhoffen ist. An den Kollegen unseres Verbandes liegt es nun, mit doppeltem Eifer an dem Ausbau und der Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes weiterzuarbeiten.

Nachen. Ein Zwangsarbeitsnachweis für die Nachener Metallarbeiter ist seit dem 10. Dezember, seitens des Arbeit- geberverbandes der linksrheinischen Metallindustrie errichtet worden. Als diese Tatsache in den Fabriken und durch die Ta- gesblätter bekanntgegeben wurde, traten unsere Vertrauens- männer sofort zusammen, und berieten, welche Schritte zu unternehmen seien, um Aufklärung über den Zwangsarbeits- nachweis zu geben. Es wurde beschossen, eine öffentliche Versammlung auf den 28. Dezember einzuberufen. Die Ver- sammlung hat inzwischen stattgefunden. Bezirksleiter Kollege Schmitz (Köln) erklärte das Referat. Schlagend zeigte er, was in Nachen mit der Einführung des Zwangsarbeitsnach- weises bezweckt werden sollte. An der Hand eines reichhal- Materials legte der Referent die Handhabung des einseitigen Arbeitgebernachweises in anderen Industriebezirken, wie Sam- burg, Berlin, Mannheim, Sagen-Schweim usw. klar. Auch die Satzungen des errichteten Zwangsarbeitsnachweises der Metallindustriellen von Nachen bewiesen, daß wir es mit der Errichtung eines Arbeitsnachweises nach dem Muster des Hamburger Arbeitgeberarbeitsnachweises zu tun haben. Die Arbeiter müßten entschieden Front dagegen machen. Fol- gende Resolution wurde nach dem Referat einstimmig an- genommen:

„Die am 28. Dezember zu Nachen im Gesellschafts- haus tagende, vom Christl. Metallarbeiterverband einbe- rufene öffentliche Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Auswüchsen der Zwangsarbeitsnachweise der Unternehmerverbände. Sie gibt der Ueberzeugung Aus- druck, daß durch die systematische Errichtung zentralisierter Zwangsarbeitsnachweise bezweckt wird den Arbeitgebern ein Monopol in der Arbeitsvermittlung zu verschaffen. Damit

aber würde den Arbeitern das Recht der Verfügung über ihre Arbeitskraft, wie auch das Recht der Freizügigkeit unterbun- den. Aus diesen Erwägungen heraus erhebt die Versamm- lung energischen Protest gegen die Errichtung des Zwangs- arbeitsnachweises durch den Verband der linksrheinischen Metallindustrie. Sie gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der seit 18 Jahren bestehende allgemeine Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage den hiesigen Verhältnissen voll- auf Genüge geleistet hat und die Errichtung des einseitigen Unternehmerarbeitsnachweises ganz überflüssig ist. Die Versamm- lung richtet an die Arbeiterschaft der Nachener Metallindu- strie die dringende Aufforderung, den Praktiken des neuen Arbeitsnachweises die größte Aufmerksamkeit zu schenken und sich zur energischen Wahrung ihrer Rechte dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen.“

Für unsere Nachener Metallarbeiter lautet die Parole: Sucht möglichst viele Mitglieder für den christlichen Metallar- beiterverband zu gewinnen. Nur wenn ihr in starken Orga- nisationen vereint seid könnt ihr auch den Auswüchsen der Arbeitsnachweise erfolgreich Widerstand leisten.

Soziales

Freude zwischen Ärzten und Krankenkassen

Am Dienstag, den 23. Dezember, fanden im Reichs- amt des Innern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern, Staatsminister Dr. Delbrück, und in An- wesenheit mehrerer Vertreter der preussischen Regierung zwischen dem „Deutschen Ärztevereinsbund E. B. Ber- lin“ und dem „Verband der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen in Leipzig“ einerseits, und dem nationalen „Gesamtverband deutscher Krankenkassen E. B., Sitz Essen (Ruhr)“, dem „Haupt- verband deutscher Ortskrankenkassen E. B. in Dresden“ und dem „Betriebskrankenkassen-Verband in Essen“ an- dererseits statt. Nach sechsstündigem Verhandeln kam der nachstehende Vertrag, der die Grundlage für weitere Ver- handlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen bildet, zustande:

- 1. Bei dem Versicherungsamt oder bei einer anderen Be- hörde wird ein Arztregister eingerichtet, in das sich jeder Arzt, der Kassenpraxis betreiben will, einzeln ob er einer Or- ganisation angehört oder nicht, einzutragen hat. Nähere Be- stimmungen über die Eintragung bleiben örtlicher Vereini- barung vorbehalten. Nur die im Register eingetragenen Ärzte dürfen zur Kassenpraxis zugelassen werden. Die Aus- wahl der Zulassenden erfolgt von Fall zu Fall durch Bestätigung der Vertreter der Kassen und der Vertreter der im Arztregister eingetragenen Ärzte nach Maßgabe vor- her vereinbarter, im Einvernehmen mit dem Obervertrauens- mannsamt festzusetzenden Regeln. Dabei gelten diejenigen Ärzte, die bisher Kassenpraxis ausgeübt haben, als im Arztregister eingetragener Ärzte und sind in demselben von Amts wegen zu führen. Bei Streit über die Zulassung ent- scheidet unter Vorsitz eines Beamten (zum Beispiel des Vor- sitzenden des Versicherungsamtes) ein paritätisch besetzter Ausschuß, dessen Mitglieder aus dem Verhältnisse in ihrer Mehr- heit zur Kassenpraxis zugelassene Ärzte sein müssen. Ein eingetragener Arzt, der dreimal ohne wichtigen Grund eine ihm angebotene Arztstelle bei einer beteiligten Kasse ablehnt, kann im Arztregister gestrichen werden.
- 2. Soweit nicht bei einer Kasse oder einem Kassenverband (Par. 406 bis 413 der Reichsversicherungsordnung) grund- sätzlich alle im Arztregister eingetragenen Ärzte zur Kassen- praxis zugelassen sind sind soviel Ärzte anzustellen, daß min- destens auf je 1350 Versicherte, bei Familienbehandlung auf je 1000 Versicherte ein Arzt entfällt. Unter den bei einem Kasse oder einem Kassenverbände zugelassenen Ärzten soll, wenn nicht anderes bestimmt ist, den Versicherten die Auswahl freistehen.
- 3. Die Art der Vergütung der ärztlichen Leistungen ein- schließlich der Fuhrkosten wird der Regelung durch die Ein- zelverträge überlassen. Bei der Festsetzung der Vergütungen ist daran festzuhalten, daß dieselben unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse sowohl der Leistungsfähigkeit der Kassen als auch der Ansprüche der Ärzte auf eine nach Form und Höhe angemessene Entschädigung Rechnung tragen müssen.
- 4. Die Kassen innerhalb des Bezirkes eines Versicherungs- amtes und die innerhalb dieses Bezirkes zur Kassenpraxis zugelassenen Ärzte haben je eine Vereinigung zur Wahl eines Vertragsausschusses, dem nur zur Kassenpraxis zuge- lassene Ärzte angehören dürfen und dem die Vorbereitung der Arztverträge obliegt. Die Verträge selbst werden zwi- schen der Kasse (oder dem Kassenverband) und dem einzelnen Arzt geschlossen. Die Gültigkeit eines solchen Vertrages darf nicht von der Genehmigung einer anderen Organisation als der in Absatz 3 erwähnten, abhängig gemacht werden.
- 5. Soweit über den Abschluß neuer Verträge keine Ein- gung erzielt wird, unterwerfen sich die Ärzte und Kassen dem Spruche eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsamts mit beamteten Vorsitzenden darüber, welche Bedingungen als angemessene dem Verträge zu Grunde zu legen sind.
- 6. Hinsichtlich des Arztsystems bewirkt es unbeschadet der Bestimmung unter Nummer 7 bei dem jeweils bestehenden Zustand. Eine Änderung des Arztsystems soll eintreten, wenn beide Teile, die Kasse und die bei der Kasse zugelassenen Ärzte, darüber einig sind, oder, wenn bei mangelnder Einig- ung beider Teile ein wichtiger Grund vorliegt. Beim Wider- spruch der bisher bei einer Kasse zugelassenen Ärzte gegen eine von der Kasse erstrebte Änderung des Arztsystems kann die mangelnde Zustimmung der Ärzte durch einen Mehrheitsbeschluß, der dem Vertragsausschuß (Nummer 4 Absatz 1) angehörigen Ärzte ergänzt werden. Bei Streit darüber, ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet das Schiedsamt (Absatz 1). Die Entscheidung des Schiedsamts bindet beide Teile.
- 7. Beim Streit aus abgeschlossenen Verträgen entscheidet ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht endgültig und für beide Teile bindend; für vermögensrechtliche Ansprüche kann der Rechtsweg vorbehalten werden.
- 8. Bestehende Verträge zwischen Kassen und Ärzten bleiben soweit nicht die Bestimmungen in Nummer 11 Maß greifen, unberührt. Die Bestimmungen dieses Abkommens sind in den Fällen nicht anzuwenden, in denen vor dem 24. De- zember 1913 zwischen Ärzten und Krankenkassen eine Ver- einbarung, vorbehaltlich der Genehmigung der Zentrale des Leipziger Verbandes, zustande gekommen ist.
- 9. Auf die Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten und den Betriebskrankenkassen der Eisenbahnverwaltung und auf

die Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten und den Inanspruchgenommenen Krankenkassen finden die Bestimmungen dieses Abkommens keine Anwendung.

9. Es bleibt vorbehalten, bei der Ausführung dieses Abkommens im Einvernehmen mit den Beteiligten zu prüfen, insoweit die Verhältnisse der Landkrankenkassen und der an ihre Stelle tretenden Ortskrankenkassen noch besondere Bestimmungen erforderlich machen.

10. Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die Stellungnahme ihrer Organisationen zu diesem Abkommen bis zum 29. Dezember 1913 vormittags dem Reichsamt des Innern anzuzeigen. Ist beiderseits Zustimmung erfolgt, dann wird die ärztliche Vertragszentrale (Leipziger Verband) a) den Abschluß von Verträgen dort, wo Ärzte und Kassen über die Vertragsbedingungen einig sind sofort zu lassen, b) bei neuerichteten Kassen eine vorläufige Ordnung der ärztlichen Versorgung fördern, c) darauf hinwirken, daß dort, wo bei schon bestehenden Kassen eine Einigung zwischen Ärzten und Kassen noch nicht erzielt ist, die Vertragsverhandlungen gefördert werden, und bis zu deren Abschluß die alten Verträge weiter gelten.

11. Beide Vertragsparteien werden bemüht sein: a) auf die abschließende Entbindung derjenigen Ärzte von der fassenärztlichen Tätigkeit am Orte Bedacht zu nehmen, die die Kassen während der jetzigen Vertragsverhandlungen von auswärts zugezogen haben und mit denen sie rechtsgültige Verträge geschlossen haben, b) für die anderweitige Unterbringung dieser Ärzte zu sorgen, c) auf eine möglichst baldige Lösung dieser Verträge hinzuwirken, d) die dabei notwendig werdenden Abfindungen zu vereinbaren. Diese Verhandlungen sollen von beiden Vertragsparteien gemeinschaftlich geführt werden, wobei vorausgesetzt wird, daß die Regierungen deren Bemühungen unterstützen werden. Die entstehenden Kosten übernimmt der Leipziger Verband unter der Voraussetzung, daß die Verbände der Kassen ihren Einfluß dahin geltend machen, daß allenfalls die Kassen zu dem Arzthonorar für diesen Zweck einen Zuschlag von jährlich 5 Pfg. auf den Kopf der Versicherten bewilligen. Durch diesen Zuschlag soll die Hälfte der Kosten gedeckt werden.

12. Zur Durchführung dieses Abkommens und zur Entscheidung von Streitigkeiten, die daraus entstehen, wird ein paritätisch gewählter Zentralausschuß in Berlin eingesetzt, dessen Vorsitzenden der Staatssekretär des Innern ernannt. Bei Befehl des Ausschusses wird auf entsprechende Mitwirkung des beteiligten Bundesstaates Bedacht genommen.

13. Dieses Abkommen gilt vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1923 und von da an auf unbestimmte Zeit weiter unter dem Vorbehalt einjähriger Kündigung, die nur auf den 1. Januar zulässig ist. Im Falle einer Kündigung soll der Zentralausschuß alsbald Verhandlungen einleiten, um ein neues Abkommen vorzubereiten.

Zu Nr. 7 der Vereinbarungen ist noch folgendes zu bemerken: Es besteht Einigkeit unter den Vertragschließenden darüber, daß die Bestimmung auch auf Verträge Anwendung findet, welche ohne Kenntnis dieser Vereinbarung bis zum Ablauf des 28. Dezember 1913 abgeschlossen sind.

Die beteiligten Regierungen werden bemüht sein, die ordnungsmäßige Durchführung dieses Abkommens in den Grenzen ihrer gesetzlichen Befugnisse nach Möglichkeit zu fördern. Für das Königreich Preußen hat die Regierung bereits ihre Bereitwilligkeit hierzu öffentlich zu erkennen gegeben. Der Herr Staatssekretär des Innern verpflichtet sich, das gleiche bezüglich der übrigen Bundesstaaten sobald als möglich zu bewirken.

Der „Leipziger Ärzteverband“ hat dem vorstehenden Abkommen in seiner außerordentlichen Versammlung in Leipzig am 28. Dezember zugestimmt, ebenso auch die Vorstände der obgenannten Krankenkassenverbände.

Damit ist der Friede wohl gesichert und die örtlichen Verhandlungen der Kassen mit den Ärzten können

auf der vorgezeichneten Grundlage alsbald zum Abschluß gebracht werden.

Für unsere Kollegen aber, die in den verschiedensten Krankenkassen als Ausschuß- und Vorstandsmitglieder amtieren, erwacht nunmehr die Pflicht, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß der Anschluß ihrer Kasse an den nationalen „Gesamtverband deutscher Krankenkassen (Gesellschaft für die Krankenversicherung in Deutschland)“ alsbald erfolgt. Dieser Verband hat die Interessen der Krankenkassen bei dem Streite mit den Ärzten in erfolgreicher Weise wahrgenommen. Nach Par. 414 der A.D. muß über die Verwendung von Kassenmitteln für den Verband bei den Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite getrennt abgestimmt werden. In beiden Gruppen muß sich die Stimmenmehrheit für die Aufbringung der Mittel erklären. Dort, wo die Kollegen im Vorstand in der Minderheit sind, mögen sie bei den Arbeitgeber-Vertretern darauf hinwirken, daß nicht etwa der Anschluß an den sozialdemokratischen „Hauptverband der Ortskrankenkassen, Sitz Dresden“ erfolgt. Zu ihrer Weiterbildung ist ein Abonnement auf die Zeitschrift des nationalen Krankenkassenverbandes, betitelt: „Die Krankenversicherung“ durchaus zu empfehlen. Dieselbe kostet vierteljährlich nur 1,25 M. und kann bei jeder Postanstalt bestellt werden.

### Soziale Wahlen

**Diedenhofen** Bei den hier am 21. und 28. Dezember stattgefundenen Ausschussswahlen zur allgemeinen Ortskrankenkasse für die beiden Kreise Diedenhofen-Nord und -West wurden insgesamt 1194 gültige Stimmen seitens der Arbeitnehmer abgegeben. Davon entfielen auf die sozialdemokratischen Vertreter 482 Stimmen (24 Vertreter) und auf die sozialdemokratische Liste 712 (36 Vertreter). Von den nichtsozialdemokratischen Listen erhielt die Liste der christlichen Gewerkschaften 338 Stimmen (20 Vertreter) und die Liste der Christ- und Dunderischen Gewerksvereine 84 Stimmen (4 Vertreter), für die sozialdemokratische Liste wurden 230 Stimmen mehr abgegeben, als für die beiden nichtsozialdemokratischen Listen. Dies ist hauptsächlich auf die große Anzahl unwillkürlicher Arbeiter zurückzuführen, welche von den Sozialisten zur Wahlurne geschleppt wurden. Die christlichen Gewerkschaften, welche in Diedenhofen kaum ein halbes Jahr festen Fuß gefaßt haben, können auf den erzielten Wahlerfolg mit Stolz blicken.

Da von Arbeitgebersseite nur eine Wahlzettelkarte eingereicht wurde und diese Karte als gewählt gilt, stehen in der Ortskrankenkasse Diedenhofen 54 nichtsozialdemokratischen Vertretern 30 Sozialdemokraten gegenüber, so daß auch hier der sozialdemokratischen Macht ein Kiegel vorgehoben wurde.

### Weitere Ergebnisse

Die Vertreterwahlen zum Ausschuß der Ortskrankenkasse Weisel hatten folgendes Ergebnis: die christlichen Gewerkschaften erhielten 27 Vertreter, die Sozialdemokraten 8, die Christ- und Dunderischen 4 und eine Sonderliste 3 Vertreter.

Bei der Ortskrankenkassenwahl in Ettlingen (Baden) entfielen auf die christlich-nationalen Arbeiter 31 und auf die Sozialdemokraten 19 Ausschusssmitglieder.

In Frankfurt a. M. wurden in der Berufsgruppe 1 36 sozialdemokratische, 5 christlich-nationale und 5 Vertreter der städtischen Arbeiter gewählt; in der Berufsgruppe 2 (Dienstboten und landliche Arbeiter) 8 christlich-nationale und 6 sozialdemokratische Vertreter. Bisher waren die christlichen Arbeiter in dieser Ortskrankenkasse überhaupt nicht vertreten.

Bei der Ausschussswahl in Harzer Festbetriebskrankenkasse (für festliche Fortarbeiter) entfielen sämt-

liche 8 Ausschusssmitglieder auf die Liste des Zentralverbandes christlicher Forst-, Land- und Weinbergarbeiter.

### Gelbeingänge bei der Hauptkasse

Monat Dezember 1913

Barmen 600, Bremerhaven 200, Radolfzell 150, Solingen 600, Viefelsfeld 200, Urm 400, Mülheim-Derbyhausen 500, Dibe 500, Gebelsberg-Schwelm 700, Schweinfurt 450, Koltenburg 280, Solingen 700, Augsburg 250, Barmen 500, Düsseldorf 1500, M. Gladbach 800, Erfeld 250, Aachen 2800, Saarbrücken 1159,55, Rempten 55,90, Bremen 200, Augsburg 300, Menden 1000, Dortmund 600, Hagen 1200, Elm 5000, Neugersdorf 49,67, Stegen 1000, Pabenburg 200, Hamm 1000, Düsseldorf 1500, Frankenthal 130, Erfurt 45,05, Mannheim 700, Werdohl 300, Bremerhaven 200, Essen 3000.

### Literarisches

Wie lerne ich Skizzieren?

III. Auflage. 33 Tafeln mit 264 Abbildungen und ausführlichem Text für alle technischen Berufe zum Selbstunterricht. Selbstverlag des Verfassers H. Bieth, Bremen, Neustadtcontrescarpe 112. Preis Mark 3.—, unter Nachnahme Mk. 3,30, fürs Ausland Mk. 3,50.

Für manche unserer Kollegen ist das Skizzieren eine Notwendigkeit. Wer sich auf darauf versteht, wird im Fach tüchtiges leisten. Nach Skizzen wird gearbeitet und an Hand von Skizzen werden Erläuterungen gegeben. Das Werk des Professors Bieth „Wie lerne ich Skizzieren“ führt gründlich in das Skizzieren ein. Es beginnt mit den einfachsten Strichübungen, welche auch die ungeübteste Hand machen kann und endet mit der ausführlichen Skizze einer zusammengefügten Eisenkonstruktion. Die Arbeiten führen also den Schüler vom Leichtesten bis zum Schwersten, vom Einfachsten bis zur kompliziertesten Konstruktion. Voraussetzungen ist, aendwelder Art werden nicht gemacht, mit Ausnahme einer einzigen: der Schüler darf sich durch die Fülle des Materials nicht abdrücken lassen, auf halbem Wege stehen bleiben und die Arbeit an die Seite legen. Lust und Liebe und fester Wille sind die einzigen Voraussetzungen. Der Verfasser hat sich bemüht, die beigegebenen Erläuterungen ausführlich zu gestalten, ohne dabei trocken und langweilig zu werden. Die vielen mathematischen Hinweise, Begründungen und die allgemein interessierenden Betrachtungen tragen sehr dazu bei, daß der Schüler das Skizzieren ohne Ermüdung und mit Hingabe betreibt. Text und Abbildungen des Werkes „Wie lerne ich Skizzieren“ sind klar und übersichtlich. Wie wichtig und wertvoll dieses Werk ist, beweist die Tatsache, daß nach kaum zwei Jahren bereits die III. Auflage erforderlich wurde.

Unsere Kollegen, die nach Zeichnung und Skizze arbeiten müssen, sollten bedenken, daß eine Zeichnung oder Skizze viel besser verständlich ist, wenn man selber skizzieren kann.

### Briefkasten

Nach Leitmasse. Befreit von der Erbschaftsteuer in zunächst des Erwerb von nicht mehr als 500 Mark, der Erbanfall zwischen Ehegatten und in gerade absteigender Linie, also zwischen Eltern, Großeltern-Kinder oder Enkel. Für das erbschaftlich bedachte dienende Personal gelten besondere Bestimmungen.

Bei Vererbung zwischen voll- und halbblütigen Geschwistern und für Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern beträgt die Steuer, wenn die Erbschaft den oben bemerkten Satz von 500 M. überschreitet, nach dem Zuschlag vom 3. Juli 1913 fünf von Hundert.

Nach Straubing. Eine Anzeige für den Verammlungsstafender ist hier nicht eingegangen.

### Berichtungsständer.

Kollegen und Kolleginnen!

Berichtungsständer ohne freitigen Grund keine Berichtung!

Sonntag, den 10. Januar.

- Dortmund-Süd. Abends 8.30 bei Stolze, Chantierstr.
- Essen-Süd. Abends 8.30 bei G. S. Generalversammlung im Lokal G. S. G. S. G. S.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Sonntag, den 11. Januar.

- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.
- Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

Wienach. Abends 8.30 im „Schwarzen Hof“.

**Salem Aleikum**  
**Salem Gold** (Goldmundstück) Cigaretten  
Preis No 3 4 5 6 8 10  
3 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck.  
Trustfrei!  
FABRIK-ANSICHT  
Inh. Hugo Lietz  
Kopierstr. 5. M. d.  
Veridze, Dresden  
Königs v. Sachsen

**Drucksachen** aller Art  
werden geschmackvoll, sauber, zu den billigsten Preisen hergestellt in der Druckerei  
**Echo vom Nieder rhein**  
Duisburg  
Müseldstrasse 15.  
H. S. W.  
Katalog gratis und frei zu bestellen  
BER 15 A. 741  
Jan 23 & Co. Ed. Albrecht.